

den Soz.), die erfreulicherweise vermieden worden sind. Aber immerhin sind diese Unternehmungen aus der damaligen wilden Zeit heraus bis zu einem gewissen Grade erklärlich. (Bravo! recht.) Jedoch hat Abg. v. Richthofen absolut recht, wenn er sagt, diese Unternehmungen hätten in dem Augenblick gedroht werden müssen, wo das Ruhrabenteuer von der Regierung Stresemann liquidiert worden ist. Wenn das geschehen wäre, dann hätten alle diese Unternehmungen nicht aufgezogen werden können, die später noch von dem Kapitän Lohmann aufgezo-gen worden sind. Man muß aber ferner, wenn von Tarnungen von Unternehmungen die Rede ist, an Unternehmungen denken, die nach der Liquidation des Ruhrabenteuers inauguriert wurden. Hier kommt es doch darauf an, daß es sich dabei um solche Unternehmungen handelt, von denen aus gewisse Fäden zu dem sogenannten Lohmann-Komplex führen. Nun hat uns Abg. Schneller auch im Unterausschuß eine Menge Fingerzeige gegeben. Er hat hier auch wieder von der Runtia-Nachrichtenunternehmung ge-sprochen. Ich weiß nicht, ob irgendeine Stelle des Reichswehr-ministeriums zu dieser Nachrichtenagentur Beziehungen hat, aber ich stelle doch fest, daß im Unterausschuß nicht der geringste Beweis dafür erbracht werden konnte, daß die Lohmann-Unter-nehmung damit zusammenhängt (hört! hört!), und darauf kommt es doch schließlich an.

Abg. Schneller hat hier und im Unterausschuß uns allerhand über die gemeinsame Front erzählt, die von der Reichsregie-rung und der englischen Regierung gebildet würde. Ich glaube, daß diese Bemerkung in diesem Zusammenhang doch so unangebracht wie möglich war. (Lebhafte Zustimmung.) Was den Hinweis auf Spanien angeht, so möchte ich sagen: wer eine Übung von den spanischen Rüstungsunternehmungen hat, der weiß, daß bei den engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen England und Spanien die Herren Wickers und Armstrong die Hand auf allem haben, und ich möchte wirklich die sehen, die erstlich deutsch-spanische Rüstungsunternehmungen inaugurierten können.

Ich will auch nicht näher auf die Frage England — Ruß-land eingehen. Ich glaube, daß die englische Regierung und nicht zum wenigsten die zurzeit amtierende über den Ohnmachts-zustand Rußlands sehr froh ist wegen der asiatischen Inter-essen, die England zu verzerren hat und daß sie gar nicht wünscht, daß Rußland irgendwie aufgehoben wird. Aber ich habe vermisst, daß in diesem Zusammenhang Abg. Schneller in seinen Enthüllungen auf einiges hingewiesen hat, was doch auch hierzu gehört. Sie erwähnen in Ihrem Antrag zum Beispiel den Vizeadmiral Beknke. Ich mußere mich, daß der Abg. Schneller bei seinen Enthüllungen nicht mitgeteilt hat, daß der Vizeadmiral Beknke nach seiner Entlassung zusammen mit einem Korvettenkapitän eine Reise durch Rußland gemacht hat. Ich weiß nicht, ob er Viehzucht studieren oder deutsch-englische Beziehungen anknüpfen wollte, während er durch Rußland gereist ist.

Rußland — Deutschland.

Es ist weiter im Ausschuss festgestellt worden, daß zum Beispiel immerhin enge Beziehungen zwischen deutschen und russischen Flugzeugparks bestanden haben. (Hört! hört! bei den Soz.) Ich will hoffen, daß diese Beziehungen der Vergangenheit angehören. Wenn aber der Abg. Schneller einmal über diese Dinge spricht, wenn er sich gegen alle getarnten Unternehmungen wendet, dann hat er, wenn er ernst genommen sein will, die Pflicht, vor allen Dingen sich auch gegen diese Unternehmungen zu wenden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das darf er aber wahrscheinlich nicht tun. (Zustimmung bei den Soz. — Lachen bei den Komm.) Ich hoffe, daß alle diese nach Rußland zielenden Unternehmungen gedroht sind und möchte in diesem Zusammenhang der Reichsregie-rung und insbesondere dem Reichsaußenministerium und dem Reichswehrministerium ersichtlich sagen, sie sollen in Zukunft nicht mehr im geringsten versuchen, solche Beziehungen zu Rußland zu knüpfen; denn sie laufen Gefahr, von den Kommunisten hier deswegen verurteilt zu werden.

Lohmann-Standal und Staatsgerichtshof.

Die Frage, ob einzelne Minister vor den Staatsge-richtshof gestellt zu werden verdienen, muß, glaube ich, im Zu-sammenhang mit der Frage der Regerepflicht geprüft werden. In diesem Augenblick und nach der Vorlage des Berichts kam ersichtlich diese Auffassung nicht vertreten werden. Die Kommunisten wissen ganz genau, daß nach Artikel 59 der Reichsverfassung für einen solchen Antrag die Unterschrift von 100 Mitgliedern notwendig ist und daß ein solcher Antrag nur mit verfassungs-ändernder Mehrheit im Reichstag beschlossen werden kann. Ich nehme also an, daß Sie diesen Teil Ihres Antrages selbst nicht ernst nehmen. Es kommt meiner Überzeugung nach darauf an, ob in dem Unterausschuß alles untersucht worden ist, was uns zu Lohmann-Unternehmungen führt, und ich stelle fest, daß auch kein Kommunist uns irgendeinen Hinweis gegeben hat, der noch der Verfolgung nach dieser Richtung hin bedürftig wäre.

Es ist von meinem Freunde Heilig darauf hingewiesen worden, daß die verantwortlichen Minister, Vorgesetzten und sonstige Be-teiligten in vollem Umfange regerepflichtig zu machen sind. Ich halte das für ganz selbstverständlich, und es entspricht dem, was im Be-richt steht. Damit aber kein Mißverständnis entsteht, möchte es doch eigentlich heißen: „Soweit die Verantwortlichkeit festgestellt ist“. Denn das ist meiner Überzeugung nach in jedem Einzelfall zu prüfen. Dabei wird unter anderem auch eine Rolle spielen, inwieweit der eine oder der andere be-fehlsgemäß gehandelt hat, und inwieweit er unter der eigenen Verantwortung gehandelt hat. Ich glaube, daß erst nach einer Einvernehmung des früheren Reichswehrministers Gehler noch gewisse Dinge restlos aufzuklären sind, die über diesen Ausnahmefall hinaus der Aufklärung bedürfen.

Am Schluß des Berichts wird darauf hingewiesen, daß unter Umständen ja später noch Dinge erörtert werden könnten, die uns nicht zu Kenntnis gekommen sind. Dieser Vorbehalt war notwendig. Er war notwendig, obwohl wir alle ganz zweifellos das Bedürfnis haben, von diesem Standal Abschied zu nehmen. Denn ich glaube doch in Uebereinstimmung mit dem größten Teil dieses Hauses sagen zu dürfen, daß, bevor uns diese Dinge bekanntgeworden sind, es niemand für möglich gehalten hat, daß sich jahrelang ein solcher Standal entwickeln und ausbreiten kann, wie er in diesem Lohmann-Komplex hier festgestellt worden ist. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Schluß mit der Geheimfondswirtschaft!

Ich glaube, die Reichsregierung wird die Pflicht haben, nicht nur bei diesem Ministerium, sondern bei allen Ministerien dafür zu sorgen, daß alle die Fonds, die außerordentlich ver-waltet werden, soweit überhaupt noch welche vorhanden sein sollten, restlos aufgehoben werden. Wenn irgendwo eine Stadthauptkasse revidiert wird, dann wird der Kassierer verpflichtet, mitzutellen, daß er außer den kontrollierten Geldern über keinen Pfennig anderer Gelder verfügt. Es müßte doch ganz selbstverständlich sein — und der Rechnungshof hat mit dafür zu sorgen —, daß auch in den Ministerien keinerlei Mittel verwaltet werden, die nicht der etatsrechtlichen Kontrolle unterliegen. Es muß dem Rechnungshof unbedingt die Möglichkeit gegeben werden, durch Verlangen des Vor-lesens der Akten nachzuprüfen, ob wirklich in jedem einzelnen Fall die zur Verfügung gestellten Gelder zweckmäßig verwendet worden sind.

Für meine Partei kann ich in Anspruch nehmen, daß wir zu jeder Zeit nicht nur gegen getarnte militärische Unternehmungen aufgetreten sind, sondern gegen jede Vertuschung und Verschleierrung uns gerichtet haben. Wir haben das hier, glaube ich, mit allem Er-folge getan und werden unbekümmert um alle Angriffe auf diesem Wege fortfahren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Für Arbeiter und Bauern!

Der Reichstag bewilligt das Notprogramm für die Landwirtschaft. — Die Sozialdemokratie stimmt zu.

Das rüde Geschrei des Landbundes über die angebliche Bauernfeindlichkeit der Sozialdemokratie hat die sozialdemokratische Partei nicht daran gehindert, zu den Vor-schlägen der Reichsregierung sachlich Stellung zu nehmen und ihnen — nach wesentlichen Verbesserungen in unserem Sinn — zuzustimmen. Nicht um des Landbundes, sondern um der Bauern und der Arbeiter willen.

In der Freitagssitzung des Reichstags ist der Hauptteil dieses landwirtschaftlichen Notprogramms verabschiedet worden. Bewilligt wurden 8 Millionen Mark, um für den Absatz von Vieh und Fleisch den direkten Verkehr zwischen den Genossenschaften, der Erzeuger und der Ver-braucher, zu fördern. Für weitere 22 Millionen Mark, die dem gleichen Zweck dienen sollen, übernimmt das Reich die Bürgschaft. Damit dürfte den Plänen, die in Berlin, Hof-stein, Hamburg, Hannover, Oldenburg, Hessen und anderwärts vorbereitet sind, den unmittelbaren Weg zwischen den Konsumgenossenschaften und den Bauern-genossenschaften für die Vieh- und Schweine-lieferungen zu ebnen, ein gutes Stück vorwärts geholfen sein. Der Sinn dieser Maßnahmen ist der Verbrauch, den Zwischenhandel auszuschalten und damit dem Konsumenten das Fleisch zu verbilligen. Die Gefahr einer zen-tralen „Vieh- und Fleischverwertungsgesellschaft“ dürfte gebannt sein, da der Reichsrat in seiner Mehrheit diese Bureau-kraffierung der Absatzregelung ablehnt. Eine weitere Sicherung gegen gewisse Landbundesabsichten ist in der Einsetzung eines 28gliedrigen Reichs-tagsausschusses gegeben, der die Richtlinien für die Verwendung der Millionen aufzustellen und ihre Durch-führung zu kontrollieren hat.

Bewilligt worden sind ferner 30 Millionen Mark für

den Ausbau und Neuaufbau von Einrichtungen, die dazu dienen sollen, überschüssige Produkte vom Markt zu nehmen und zu konservieren, um damit wilden Preisschwankungen entgegenzutreten. Gedacht ist dabei an die Errichtung von Kartoffelflockenfabriken, Einfäuerungsanlagen, Eierfammel-stellen, Kühlhäusern, Kohnweunnen, Versandorganisationen und ähnliche Rationalisierungsbestrebungen.

Die Abstimmung über die Gewährung von 25 Millionen Mark zur Rationalisierung des landwirt-schaftlichen Genossenschaftswesens ist aus-gesetzt worden, um zunächst eine völlige Einigung mit Preußen abzuwarten, dessen Einfluß auf dem Wege über die Preußenklasse gesichert bleiben soll.

Aufgabe des Reichstagsausschusses wird es sein, die Maßnahmen der Regierung in die richtigen Bahnen zu lenken und zu überwachen. Die geistige Anleihe, die das Reichsernährungsministerium in den oben bezeichneten Vor-schlägen beim Sozialismus gemacht hat, soll den hart arbeitenden Bauern selbst, nicht aber irgend welchen dunklen Existenzen zugute kommen. Seit Jahren hat die Sozialdemokratie grundsätzlich die Förderung der Ratio-nalisierung bestrebt in der Landwirtschaft verlangt. Stets hat man unsere Vorschläge ab-gewiesen. In der Stunde der Not kommt man auf unsere Gedanken zurück, indem man sie, wenn auch in verwässerter Form, aufgreift.

Der Arbeiter will den Bauern helfen. Ein Aus-druck dieses Willens ist die Zustimmung der Arbeiterpartei, die trotz mancherlei Bedenken aus-gesprochen worden ist, um damit einen ersten Schritt auf dem langen Weg in eine andere Zukunft der Landwirtschaft zu ermöglichen!

Landbundesheke gegen Erwerbslose

Die „perverse Sozialpolitik“ des Landbundesvorsitzenden v. Rohr.

Der Vorsitzende des Pommerschen Landbundes und deutsch-nationale preussische Landtagsabgeordnete von Rohr hegt in Wort und Schrift gegen die Arbeitslosenversicherung. In einem Aufsatz „Perverse Sozialpolitik“ hat er Behauptungen aufgestellt, die nun die Runde bei allen Landbundesrathen und in der deutsch-nationalen Presse machen.

Er behauptet, die Steigerung der Arbeitslosigkeit im letzten Winter erlasse Gebiete, in denen Mangel an Arbeit gar nicht vorliege, und nehme Formen an, die einer Flucht aus der Arbeit sehr ähnlich seien. Die Steigerung der Arbeitslosig-keit sei eine unnatürliche. Schuld daran sei das am 1. Oktober v. J. in Kraft getretene Arbeitslosenversicherungsgesetz. An einer Reihe von Bestimmungen wolle er erläutern, wie dieses Gesetz sich geradezu als Schrittmacher der Arbeitslosigkeit bewähri habe!

Seine Behauptungen stehen ebenso im Widerspruch zu den Tatsachen wie seine Auslegung der Bestimmungen.

Erste Behauptung: „Ein Vierteljahr hochbezahlte Arbeit genügt, um ein halbes Jahr Rentnerdasein zu sichern!“ „Ein Vierteljahr Arbeit in einer Ziegelei, auf einem Ackerbau oder als Hausdiener während einer Saison gibt schon Anspruch auf eine Rente, die den Lohn eines vollkräftigen Land-arbeiters mit Familie erheblich übersteigt!“

Tatsache ist: Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, wer nach § 87 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist, die Anwartschaftszeit erfüllt hat. Nach § 95 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist die Anwartschaftszeit erfüllt, wenn der Arbeitslose in den letzten zwölf Monaten während 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat.

Wer nur ein Vierteljahr „hochbezahlte“ Arbeit nachweisen kann, hat also keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. In solchen Fällen kann unter Umständen nur Arznenunterstützung ge-währt werden (§ 101 Abs. 2), wenn außer den Voraussetzungen für die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung auch noch Be-dürftigkeit nachgewiesen wird.

Friedrich Bartels' Befinden sehr ernst.

Im Zustand des Landtagspräsidenten, Genossen Friedrich Bartels, über dessen schwere Erkrankung wir am Sonntag be-richteten, ist leider eine Verschlechterung eingetreten, die zu ernststen Besorgnissen Anlaß gibt. Es handelt sich um eine Lungen-entzündung, die zwar nur einseitig ist, aber einen gefährlichen Cha-rakter angenommen hat. Am späten Abend war der Zustand un-verändert sehr ernst.

Wir wollen aber weiter hoffen, daß es dem Genossen Bartels, der übrigens gerade heute seinen 58. Geburtstag begeht, beschieden werde, diese schwere Krankheit zu überwinden.

Um Wirth.

Einleiten der Zentrumspreffe. — Der schlechte Eindruck soll verwischt werden.

Das Echo, das die Abfägung Wirths in der Presse gefunden hat, ist nicht ohne Wirkung auf das Zentrum geblieben.

Die Ortsgruppe Wilmersdorf der Berliner Zentrums-partei hat dem Wahlkreisverband Berlin und Potsdam II vorgeschlagen, Dr. Joseph Wirth als Spitzenkandidaten für das Zentrum zu nominieren.

Die „Freiburger Tagespost“, das offizielle Zentrums-organ, schreibt:

„Wir glauben aber zu wissen, daß der Beschluß des badischen Zentrums andere Möglichkeiten für Herrn Dr. Wirth gar nicht ausschließen wollte und nicht ausschließen will.“

Die „Königliche Volkszeitung“ betont, daß Dr. Wirth

Wie sieht es mit dem Rentnerdasein, das Herr von Rohr behauptet. Wenn ein Arbeitsloser mit nur einem Vierteljahr Be-schäftigung und voller Bedürftigkeit, fünf und mehr unter-haltsberechtigter Angehörige hat, 13 Wochen lang unmittelbar vor seiner Arbeitslosigkeit wöchentlich über 60 M. verdient hat, kann er als höchste Unterstützung wöchentlich 27 M. bekommen!

Das nennt der deutsch-nationale von Rohr „ein Rentnerdasein führen“. Wenn eine Unterstützung von wöchentlich 27 M. den Lohn eines vollkräftigen Landarbeiters mit Familie erheblich über-steigt, dann bestätigt der Vorsitzende des pommerschen Landbundes die erbärmliche Entlohnung der Landarbeiter.

Von Rohr behauptet weiter, daß auch für Sonn- und Feiertage Unterstützung gezahlt würde.

Tatsache: Nach § 109 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird Unterstützung nur für die sechs Wochentage gewährt.

Weitere Behauptungen des deutsch-nationalen Führers: Nebenarbeiten dürfen heute nicht in Anrechnung gebracht werden.

Tatsache: § 112 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes be-stimmt, daß Verdienst durch Gelegenheitsarbeit, den der Arbeitslose in einer Woche erwirbt, bis zu 20 Proz. seiner Unterstützung nicht angerechnet wird. Von dem Mehrerwerb müssen 50 Proz. auf die Unterstützung angerechnet werden.

Der Vorsitzende des pommerschen Landbundes hätte alle Ursache über die Arbeitslosenversicherung zu schweigen. Werden doch die Kosten der Versicherung durch die Arbeitnehmer und Arbeit-geber aufgebracht. Jeder trägt die Hälfte der Beiträge. Nur die Landwirtschaft hat sich von den Kosten gedrückt! Nach den §§ 70 bis 72 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes hat die Landwirtschaft die Möglichkeit, sich von den Beiträgen zu befreien, und sie nutzt diese Möglichkeit voll aus.

Diese Tatsachen und die nachgewiesenen Unwahrheiten hindern den deutsch-nationalen Führer von Rohr nicht, die Arbeitslosen-versicherung als „perverse Sozialpolitik“ zu bezeichnen und deren reaktionäre Umgestaltung zu fordern!

Zul Bräuder, M. d. Z.

feineswegs einfach preisgegeben werden sollte, daß man vielmehr der Hoffnung lebe, seine Kraft dem Zentrum zu erhalten. Es sei drin-gend erwünscht, wenn Dr. Wirth auf dem Wege über die Reichsliste wieder in den Reichstag entsandt würde.

Ein völkisches Waffenlager.

Wird die Staatsanwaltschaft unachtsam vorgehen?

Stettin, 27. März. (Eigenbericht)

Auf dem Gute Eichwerder, Kreis Greifenhagen, Pommern, das dem völkischen Gutsbesitzer v. Bodungen gehört, ist ein großes Waffenlager entdeckt worden. Die Waffen — es handelt sich um vier Maschinengewehre, drei Maschinepistolen, eine große Menge Cler- und Stielhandgranaten, sowie eine Menge Munition — sind jetzt der Reichswehr in tadellosem Zustande übergeben worden. Ver-cefalten wurde das Lager durch die Ehefrau des Gutsbesitzers u. Bodungen, die mit ihrem Manne in einem Scheidungs-prozeß steht. Eine amtliche Befragung der Meldung liegt bis-her noch nicht vor. Es ist aber bestimmt damit zu rechnen, daß sie bereits heute oder morgen erfolgt.

Von der Staatsanwaltschaft muß dringend erwartet werden, daß sie hier mit unachtsamlicher Strenge vorgeht.

Zum Nachfolger des Coed Kilmarnock, des verstorbenen briti-schen Oberkommissars in der Kohlenzer Rheinlandkommission, ist der bisherige Gesandte in Durazzo William Seebis ernannt worden. Damit ist das Gerücht widerlegt, daß England im Hinblick auf die kommende Rheinlandräumung einen Nachfolger für Kilmarnock über-haupt nicht mehr bestimmen würde.

Das zahlungsunfähige R. d. R.

Rittergutsbesitzer, Hauptmann a. D. Heinrich Dieze (Dnat.)

Aus dem Bogiland wird uns geschrieben:

Manchmal genügt ein Wort, um einen Menschen berühmt zu machen. Bei der neuesten Berühmtheit, die wir zu den Bewohnern unseres Bezirkes zählen dürfen, waren es eigentlich vier. Mit großem Interesse haben wir die Schilderung aus dem Reichstag gelesen, wie der Finanzminister Köhler diejenigen Landwirte, die trotz allem zahlungsunfähig seien, aufforderte, auch ihrer Steuerpflicht nachzukommen, und wie daraufhin von rechts dazwischengerufen wurde: „Wir sind alle zahlungsunfähig!“ Der das rief, war unser engerer Landsmann Herr Heinrich Dieze, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer in Rodersdorf im Bogiland und seitdem ein berühmter Mann. Darum verdient er auch, etwas genauer beachtet zu werden.

Der zahlungsunfähige Herr Dieze kaufte sein Rittergut vor sieben Jahren für 230 000 M. Die Gesamtläche, Felder, Wiesen und Wald beträgt ungefähr 240 Hektar. Seit dem Erwerb des Rittergutes hat Herr Dieze dauernd gebaut, das heißt, sein Besitzum fortgesetzt verbessert und modernisiert. Gegenwärtig wird die seit Jahren stillgelegte Brennerei mit einem Kostenaufwand von 15 000—25 000 M. wieder hergerichtet, weil sonst das Brennereirecht erlöschen würde. Herr Dieze kann auch gut zum Bogloft des Einkaufs von Düngemitteln mit auffordern, denn sein Bedarf ist auf mindest ein Jahr eingedeckt. Außer einigen Aufwertungshypotheken dürfte sein Rittergut unbelastet sein. Der Viehbestand ist gegenwärtig 8 Pferde, 40 Stück Rindvieh, davon 24 Milchkuh, und 10 Stück Jungvieh. Das Personal besteht zurzeit aus 5 männlichen und 5 weiblichen ständigen Arbeitern, so daß ihn die Soziallasten nicht allzu sehr drücken dürften. Sonst arbeitet er mit Aushilfsarbeitkräften.

Am Einkommensteuern zahlte D. im Jahre 1924/25 100 (einhundert) Mark! Was er jetzt leistet, ist leider nicht zu ermitteln. Möglicherweise der Steuerernehmer ihn für zahlungsunfähig hält. Wein-, Zigarrenhändler und sonstige Lieferanten sind anderer Ansicht und haben damit recht. Denn als sein geflügeltes Wort: „Wir sind alle zahlungsunfähig“ seinen Heimatbezirk erreichte, riefen alle, die ihn kennen, wie aus einem Rufe: „Der Mann ist gut!“

Die bayerische Krise.

Bauernbund gegen Regierungskoalition. — Beamtenvorlage angenommen.

München, 27. März. (Eigenbericht.)

In achtstündigen Verhandlungen entschied am Dienstag das Plenum des Bayerischen Landtages über die Regierungsvorlage zur Erhöhung der Beamtenbesoldung. Unter Ausschreibung der bisherigen Regierungspartei des Bauernbundes hat sich in der Schlussabstimmung ebenso wie im Ausschusse eine neue Koalition, die sogenannte Beamtenkoalition, zusammengefunden, die alle bürgerlichen Parteien, angefangen von der Bayerischen Volkspartei bis zu den Nationalsozialisten, vereinigt. Diese Mehrheit verhinderte in einer namentlichen Abstimmung die Einzelberatung der Vorlage und stimmte dann auch für die Annahme des ganzen Gesetzes. 71 Ja-Stimmen standen 43 Nein-Stimmen gegenüber, die sich aus Sozialdemokraten, Kommunisten, Bauernbund und einigen bauerlichen Abgeordneten der Reichsparteien zusammensetzten.

Aus der Verteidigungsrede des Finanzministers Schmelzle war zweierlei bemerkenswert, zunächst einmal die Angabe, daß von den 52 Millionen Besoldungserhöhung für die bayerischen Beamten rund 7 Millionen den Geistlichen beider christlichen Konfessionen zufallen, und dann erklärte der Minister gegenüber der sozialdemokratischen Opposition wörtlich: „Wenn Bayern seine finanzielle Selbständigkeit und Unabhängigkeit noch hätte, dann würde die bayerische Regierung eine Besoldungsvorlage gemacht haben, die im wesentlichen den Wünschen der sozialdemokratischen Fraktion Rechnung getragen hätte.“

Für die nächsten Tage erwartet man die endgültige Entscheidung darüber, ob die schleichende Regierungskrise nun mit einem offiziellen Ausschluß des Bauernbundes aus der Regierung endet oder ob die Bayerische Volkspartei aus Furcht vor dem Wahltampf einer klaren Entscheidung ausweicht!

Wieder eine Grenze frei.

Der deutsch-tschechische Bismarckwall ab 1. April aufgehoben.

Amlich wird bekanntgegeben, daß der Sichtvermerkszwang zwischen Deutschland und der tschechoslowakischen Republik am 1. April dieses Jahres aufhört. Von da ab kann jeder Reichsdeutsche, der einen gültigen Paß besitzt, die tschechoslowakische Grenze an jeder beliebigen Stelle ohne weiteres überschreiten und ebenso jeder tschechoslowakische Staatsbürger nach Deutschland kommen, ohne daß vorher der Sichtvermerk des anderen Staates eingeholt werden mußte.

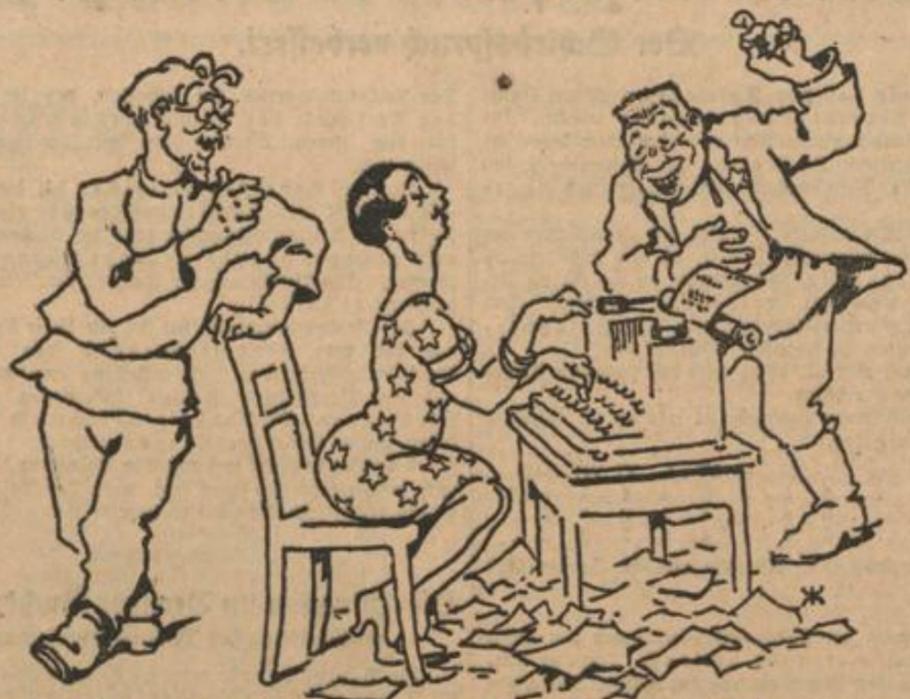
Zu dem Wuhausland Deutsch-Österreich und unseren Nachbarstaaten Dänemark und der Schweiz kommt nun auch die Tschechoslowakei als einer jener Nachbarstaaten, mit denen nur noch der Paßzwang, aber nicht mehr die Erschwerung und Verteuerung des Sichtvermerks besteht. Es ist in der Tschechoslowakei ein Gesetz eingeführt worden, das bei uns schon lange besteht und das die Beschäftigung von Ausländern einer besonderen Genehmigung unterwirft; damit ist die drüben gehegte Befürchtung einer Ueberflutung des Arbeitsmarktes durch reichsdeutsche Arbeitskräfte bei Bismarckfreiheit weggeräumt worden.

Bei der langen Ausdehnung der Grenze zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, bei der Kulturgleichheit und den engen Wechselbeziehungen zwischen den Gebieten auf beiden Seiten dieser Grenze ist die Aufhebung gerade dieses Bismarck von großer Bedeutung. Sie ist ein Fortschritt, der allgemein freudig anerkannt werden wird. Er kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch der Paßzwang ohne Bismarck ein Rückfall in vormärzliche Zustände ist, in die uns der Krieg und die Nachkriegszeit trotz aller sonstigen gewaltigen Entwicklung zurückgeworfen haben.

Der Rundfunk wird auch im kommenden Wahltampf zur politischen Information der Wähler Verwendung finden. Der Ueberwachungsausschuß hat vorgeschlagen, daß jeder politischen Partei das Recht eingeräumt wird, eine Rede halten zu lassen, die von Berlin aus auf alle Sender des Reiches übertragen werden soll. Die preussische Regierung hat die vom Ueberwachungsausschuß vorgeschlagene Lösung befürwortet.

In Portugal ist General Carmona zum Präsidenten der Republik gewählt worden.

Nieder die Spezialisten!



„Schreiben wir: Teure Towaritschi! Statt der angeforderten Hartkohle kann der Zentrallieferungsverband leider nur Weichkohle liefern. Sollten eure Maschinen darunter leiden, so verhaftet ein paar von euren Ingenieuren.“

Der Kampf in Mexiko.

Regierung und Volk bleiben fest.

Mexiko-Stadt, im März. (Eigenbericht.)

Mit unverminderter Stärke geht die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche weiter. Verwaltungsmassnahmen und der Durchführung der Verfassung steht die Kirche heftigen Widerstand entgegen. Die Spaltung Mexikos in zwei feindliche Lager ist unmissverständlich. Auf der einen Seite stehen die Klerikalen, für die die Kirche alles, der Staat aber nur ein notwendiges Uebel ist, auf der anderen Seite die von einer energiegelichen Regierung geführten Massen, die sich von Anfang an bewußt gemessen sind, daß es nicht um Glauben und Religion geht, sondern einzig um die Aufrechterhaltung der Staatsautorität gegenüber unverantwortlichen Mächten. Nach wie vor halten die Bundesstaaten Jalisco, Michoacan, Colima und Nayaritas vom Kriegslärm wieder.

Unter dem Kommando kriegerischer Priester

ziehen mißleitete Bauern („grüne“ Einwanderer) gegen die Regierung ins Feld und sollen unter dem Banner eines Nachhüners, der für alle Zeiten in Mexiko abgewirtschaftet hat. Fast kein Tag vergeht, an dem nicht kostbare Menschenleben unter dem wie Hohn klingenden Kampfruf „Dios Christo Rey“ (Es lebe König Christus) nutzlos enden.

Aber das alles ist, so unglücklich es klingen mag, ohne jeden Einfluß auf die politische Lage. Man kann der Regierung ruhig glauben, wenn sie erklärt, daß sie der Auseinandersetzung mit dem Klerus und den Kriegerpartien keine Bedeutung beimesse. Jeder mexikanische Politiker weiß nur zu genau, daß niemand in Mexiko wagen darf, auf seine politische Fehne das Religionsproblem zu schreiben.

Kommunistische Gemeinheit.

Abteilung Aufklärung.

Wir bitten um Entschuldigung, daß wir die nachfolgenden kommunistischen Schmutzereien wiedergeben müssen. Es ist notwendig, damit alle anständig denkenden Arbeiter diesen Burschen den Rücken kehren. Im Kreise Halle hielten Angelika Balabanoff, Mathilde Wurm und Emil Barth Versammlungen ab. Darauf erschien am 17. März im kommunistischen „Klassenkampf“ in Halle der nachfolgende kommunistische Parteibefehl:

„Zur Niederringung der Bolschewisten im Bezirk Halle-Merseburg, insbesondere im Unterbezirk Weiskensfeld-Zell-Raumburg, hat die SPD. ein großes Ungeheuer losgelassen: „Den Balabanoff-Wurm mit Bart“. Soweit uns zoologisch orientierte Freunde, die mit diesem unförmigen, mit Hautunterlaufenen Augen auf die Menschen stierenden Ungeheuer losgelassen, versichern, handelt es sich bei diesem Gebilde nicht um ein Individuum der vorintuitiven Periode, sondern um ein solches der Nachkriegsperiode, das der Klasse der Säugtiere angehört und sehr fortpflanzungsfähig ist. Trotz des blutrünstigen Aussehens soll es sich um ein Geschöpf handeln, das ziemlich harmloser Natur und mit großen individuellen Schwächen behaftet ist. Zum Zwecke der Abwehr wird uns von dem uns beratenden Menschenfreunde empfohlen: Man „küpfe“ die Balabanoff und die Wurm etwas, in der Gegend der Brustwarzen (den sogenannten Hihen), und schon ist die ganze Angriffsfront gebrochen. Dem Bart gehe man etwas mit der Brennschere zu Leibe. Im Kampfe gegen dieses Ungeheuer empfehlen wir unseren Genossen, so zu verfahren.“

Unterschrift: K.P.D. Abteilung Aufklärung und Abwehr. Diese unsagbaren Gemeinheiten sind also — kommunistische Aufklärung!

Chauvinistenezzeffe in Oberschlesien.

Deutchen (Oberschlesien), 27. März. (Eigenbericht.)

Schwere Ausschreitungen, die die Gefahr außerpolnischer Schädigung und neuer Koheffe gegen die deutsche Minderheit in Polen heraufbeschwören, ließ sich gestern eine Bande von etwa 25 Leuten zuschneiden kommen. Diese überfiel die Versammlung einer polnischen Kleinkinderschule, die in einem Deutscher Lokal lagte und an der auch der Polensführer Dr. Mikhalak teilnahm. Die Versammlung selbst war in voller Ruhe verlaufen, als

wenn er sich ganz Mexiko nicht unrettbar als Reaktionär darstellen will. Waren doch sogar so reaktionäre Elemente wie die Führer des mißglückten Oktoberaufstandes Gomez und Serrano vorläufig genug, von der Kirche so weit als möglich abzurücken. Auch heute hält es die im Oktober zerfallene und nur noch in Resten fortbestehende Anti-Revolucionisten-Partei (Partei gegen die Wiederwahl eines früheren Präsidenten) für gut, zu erklären, daß ihre politischen Interessen weit von den Interessen der Kirche entfernt sind; sie betont außerdem, daß sie nicht eher ihre politische Tätigkeit im Lande wieder aufnehmen würde, als bis die Aufrücker niedergeschlagen seien, um nicht in ungerechtfertigten Verdacht zu geraten, reaktionär zu sein. Sicherlich ein interessantes Zeichen für die wirkliche Lage in Mexiko und die Situation der Kirche!

Was die Kirche bisher für sich zu suchen hat, ist niederschmetternd. Sämtliche gegen die Verfassung verstoßenden Schulen sind geschlossen und die Gebäude zum Staatseigentum gemacht worden. Nach dem Willen des Präsidenten sollen

weiliche Schulen

in ihnen Platz finden. Ein Versuch, aus den Gebäuden Kaserne zu machen, schlug Calles rundweg ab. Er bewies so wieder einmal, daß der „Tyrann“ genau weiß, was seinem Lande nützt und daß das Militär nicht das U und O aller mexikanischen Politik ist.

Die über die ganze Welt verbreiteten Meldungen über Verhandlungen zwischen dem Klerus und der Regierung zur Beilegung des Konfliktes sind erfunden. Das gleiche gilt auch für die Greuelmärchen der Klerikalen Presse.

plötzlich kurz vor ihrem Schluß die Horde eindrang und in der wüsten Weise auf die Polen losging. Mehrere wurden dabei verletzt. Weitere Ausschreitungen konnten nur durch ein Herbeirufen des Ueberfallkommandos verhindert werden, nachdem ein Kriminalassistent die Eindringlinge mit vorgehaltener Waffe eine Zeitlang in Schach gehalten hatte. Die Angelegenheit wird von den zuständigen Behörden auf das schärfste untersucht, um einer Wiederholung solcher Exzesse vorzubeugen.

Die Bande von Nationalisten, die in so roher Weise gegen eine Versammlung der polnischen Minderheit vorging, hat dem Deutschtum in Oberschlesien diesseits und jenseits der Grenzen einen denkbar schlechten Dienst erwiesen. Soll die starke Spannung, die auf beiden Seiten besteht, nicht noch weitere unerquickliche Folgen zeitigen, so kann man fordern, daß rücksichtslos gegen die Urheber derartiger Ausschreitungen vorgegangen wird.

Aus der Haft entlassen.

Der Redakteur des sozialdemokratischen „Volk“ in Jena, Genosse Conrad Finkemeier, der zu Anfang d. J. eine viermonatige Gefängnisstrafe wegen Beleidigung angetreten hatte, ist plötzlich und unerwartet aus der Haft entlassen worden.

Die St. Gotthard-Untersuchung.

Pariser Tagung des Dreierkomitees. — Untersuchung an Ort und Stelle unerlässlich?

Paris, 27. März. (Eigenbericht.)

Das vom Bölkerbundesrat zur Untersuchung der ungarischen Waffenschleibungen gebildete Dreierkomitee wird zu Ende dieser Woche in Paris zusammentreten. Auf Grund der von der ungarischen Regierung gelieferten Aufklärungen und Dokumente soll über die Methode der Untersuchung Beschluß gefaßt werden. Dem „Paris Soir“ zufolge dürfte eine Enquete an Ort und Stelle unerlässlich sein. Das Komitee werde deshalb Sachverständige nach Ungarn entsenden, die mit den nötigen Vollmachten ausgestattet sein soll.

Marg Spitzenkandidat in Düsseldorf. Die in Düsseldorf stattgefundene Wahlkreisvertreterversammlung der Zentrumspartei hat zum Spitzenkandidaten der Zentrumspartei für den Wahlkreis Düsseldorf-Dr. Reichstamler Dr. Marg proklamiert.

Bereinbarung für die Reichsbahn.

Der Schiedspruch verbessert.

Der Lohnstreit bei der Reichsbahn ist am Dienstag durch eine Vereinbarung beendet worden. Die Nachverhandlungen über den Schiedspruch fanden unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Mewes im Reichsarbeitsministerium statt. Beide Parteien hatten den Schiedspruch abgelehnt.

Im Verlauf der Verhandlungen gingen die Bemühungen des Vertreters des Reichsarbeitsministers dahin, an dem Schiedspruch einige Verbesserungen vorzunehmen, die ihn für die Arbeiterorganisationen wenigstens erträglich machen. Nach längeren Beratungen gelang es schließlich auch, eine Zusatzvereinbarung zu treffen, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Schiedspruch vom 21. März wird mit folgenden Änderungen zum Vertrag erhoben:

a) In den verschiedenen Lohngebieten erhalten die einzelnen Lohngruppen folgende Zulage:

Lohngruppe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII
Wirtschaftsgebiet 1	6	5	5	5	4	4	4	5 Pf.
Wirtschaftsgebiet 2	5	4	4	4	4	3	3	3
Wirtschaftsgebiet 3	5	4	4	4	3	3	3	3

b) Die Lohnregelung kann erstmalig zum 31. Januar 1929 gekündigt werden.

Die Protestbewegung der Eisenbahnarbeiter gegen den unzulänglichen Schiedspruch war nicht umsonst. Trotz des hartnäckigen Widerstandes der Reichsbahnverwaltung sind einige Verbesserungen herausgeholt worden. Für das Wirtschaftsgebiet 3 erhöht sich gegenüber dem Schiedspruch der Lohn um einen weiteren Pfennig. Ferner erhält im Wirtschaftsgebiet 2 die Lohngruppe V nicht 3, sondern 4 Pfennig Zulage. Schließlich ist die Bauarbeiter der neuen Regelung von 12 auf 10 Monate verkürzt worden.

Wenn die Vereinbarung auch bei weitem nicht allen berechtigten Forderungen der Eisenbahner entspricht, so ist trotzdem anzunehmen, daß sie diesem Ergebnis zustimmen werden. Der Spag in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach. Seit langer Zeit wäre also wieder einmal für den Reichsbahnbetrieb ein Schiedspruch ohne Verbindlichkeitsklärung zustande gekommen.

Schwerindustrielle gegen Eisenbahner.

Unverschämte Einmischung.

Das Wolff-Bureau verbreitet folgende Meldung:

Düsseldorf, 27. März.

Seit einiger Zeit wird über die bekannten Lohnforderungen der Reichsbahnarbeiter in Berlin verhandelt. Die Wirtschaft betrachtet die hohen Forderungen der Reichsbahnarbeiter mit ernster Sorge und befürchtet durch die Erhöhung der Löhne der Reichsbahnarbeiter nicht nur eine Beeinflussung des industriellen Lohnniveaus, sondern gegebenenfalls auch eine ungünstige Gestaltung der Eisenbahntarife. Jede Tarifierhöhung würde aber das gesamte Wirtschaftsleben neuen Erschütterungen aussetzen. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen hat, besorgt um die weitere Entwicklung der Verhältnisse bei der Deutschen Reichsbahn, in diesem Sinne Telegramme an das Verkehrs-, das Reichsarbeits- und das Reichswirtschaftsministerium gesandt und damit der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine erneute Bezeichnung des Beschaffungsprogramms der Reichsbahn im wohlverstandenen Interesse des Unternehmens, der Werke und der Arbeiterschaft unbedingt vermieden werde.

Bezeichnend für diese Einmischung der westfälischen Schwerindustriellen in die Lohnbewegung der Eisenbahner ist die Unverschämtheit, mit der vorgegangen wird. Es ist höchste Zeit, daß mit dem Terror einer Handvoll Leute, die das Verdienst von dem Verdienst herleiten, endlich gebrochen wird. Am 20. Mai wird sich dafür eine gute Gelegenheit bieten.

Kochs Niederlage.

Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts.

Das Reichsarbeitsgericht hat in dem von dem deutschen Reichsverkehrsminister Dr. h. c. Koch auf Betreiben der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Eisenbahnergewerkschaften heraufbeschworenen Streit wegen der Verkürzung der Amtszeit der Betriebsräte bei der Reichsbahn, entschieden.

Die von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft gegen die Entscheidung des Arbeitsgerichts Berlin vom 17. Januar 1928 eingeleitete Rechtsbeschwerde wurde in vollem Umfange verworfen.

Das Reichsarbeitsgericht hat festgestellt, daß die Verkürzung der Amtszeit der Betriebsräte ungesetzlich ist und mit dem klaren Wortlaut des Betriebsrätegesetzes in Widerspruch steht.

Der Reichsverkehrsminister hat demnach die Befugnisse aus § 61 des Betriebsrätegesetzes überschritten. Nach Ansicht des Reichsarbeitsgerichts kann die Änderung der Wahlzeit auch nicht als vorübergehende Maßnahme in Betracht kommen. Eine Verkürzung der Amtszeit der Betriebsräte sei überhaupt nicht zulässig.

Das Reichsarbeitsgericht hat sich mit dieser Entscheidung durchaus der vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands vertretenen Rechtsauffassung angeschlossen. Für Koch und seine Verbündeten ist diese Entscheidung eine schwere Niederlage. Der Einheitsverband ist sowohl im Wahlkampf wie im Gerichtsaal Sieger geblieben.

Ueber die rechtliche und politische Bedeutung dieser Entscheidung wird noch einiges zu sagen sein, wenn der Beschluß des Reichsarbeitsgerichts im Wortlaut vorliegt.

Die Situation im Berliner Buchdruckgewerbe

Entscheidung der Mitgliederversammlungen.

Die Bezirksversammlungen der Berliner Buchdrucker am Montag waren sämtlich überfüllt. In allen Versammlungen waren die Mitglieder empört über die durch den Reichsarbeitsminister erfolgte Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs, der nur einseitig Unternehmerinteressen berücksichtigt. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Schlichtungswesen seinen ursprünglichen Zweck verfehlt, wenn es — wie im Lohnkonflikt der Buchdrucker — als Diktaturmaßnahme gegen die Arbeiterschaft angewandt wird.

Sowohl der Reichsarbeitsminister als auch die Unternehmer haben hier das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten. Anstatt den sonst so sehr befürworteten Frieden im Buchdruckgewerbe wieder herzustellen, haben sie die Erregung unter den Buchdruckern bis zur Höchstgrenze gesteigert. Die Erbitterung gegen das rückwärtslose Unternehmertum, das nur die eigenen Profitinteressen in Betracht zieht, fand ihren Niederschlag in Entschlüssen, die mit großer Mehrheit angenommen wurden und die Aufrechterhaltung der Kündigungen sowie weitere Kampfmaßnahmen fordern.

Es ist selbstverständlich, daß die Kommunisten die gegenwärtige Situation zum Teil mit Erfolg für ihre Parteizwecke ausnutzen. Die „Rote Fahne“ bezeichnet die Entscheidung der Bezirksversammlungen als einen allgemeinen Streikbeschuß gegen die Verbindlichkeitsklärung.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß endgültige Beschlüsse erst in der heute, Mittwoch, in der Bodbrauerel, Friedricstraße, stattfindenden Generalversammlung gefaßt werden können.

Im übrigen würden die Kommunisten gut tun, den Mund etwas weniger voll zu nehmen. Oder sollen wir sie an ihre jämmerliche Haltung im Jahre 1923 erinnern? Damals sahen sie in der Streikleitung, bliesen aber den Streik ab, weil es für sie etwas zu riskant schien, verhaftet zu werden, das war gut für gewöhnliche Reformisten...

Die Vereinbarung im Einzelhandel.

Gehaltserhöhung von 8 Prozent.

Die Tarifverhandlungen im Einzelhandel haben den kaufmännischen Angestellten eine Gehaltserhöhung von 8 Proz. ab 1. April gebracht. Für den Monat März wird eine Nachzahlung von 5 Proz. geleistet. In einer Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten stellte die Referentin Elleri fest, daß diese Aufbesserung der Gehälter im Einzelhandel zwar noch durchaus nicht den Stand erreichen läßt, der eine Lebensführung selbst mit nur bescheidenen Ansprüchen an die Kulturgüter unserer Zeit ermöglicht. Trotzdem muß der neue Abschluß als ein Gewinn verbucht werden, da die Erhöhung prozentual mehr beträgt, als sonst in der letzten Zeit von Arbeitern und Angestellten bei Tarifverhandlungen erreicht wurde.

Die Rednerin gab einen Überblick über die Verhandlungen mit den Unternehmern des Einzelhandels. Die Angestellten hatten um Gehaltserhöhung und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen, den Manteltarif zum 31. März gekündigt. Die Unternehmer legten darauf einen neuen Tarif vor, der wesentliche Verschlechterungen enthielt. Die Angestellten der Gruppen 3 und 4 sollten dadurch gar nicht erspart werden, angeblich, weil diese besser bezahlten Angestellten die tarifliche Sicherung nicht nötig hätten. Die Urlaubszeit war in diesem Tarif sowohl für Jugendliche, Lehrlinge, wie auch für langjährige Angestellte verkürzt, die Gehaltszahlung bei Erkrankung in Frage gestellt. Die Angestelltenvertretung lehnte diese

Zumutungen natürlich ab. Schließlich wurde der alte Manteltarif bis zum 31. Dezember 1928 verlängert.

Die Vortragende wie die Diskussionsredner betonten die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses der gesamten Angestelltenchaft im 3dV, wenn die Tarifverhandlungen des nächsten Jahres erfolgreich sein sollen. Daß neue Verhandlungen nicht ausbleiben werden, ist sicher. Besonders geht die Schnelligkeit der Unternehmer dahin, die Arbeitsbedingungen noch weiter zu verschlechtern. Der Begriff der „Arbeitsbereitschaft“ — die also nicht als wirkliche Arbeit gewertet wird — wird von den Unternehmern im Einzelhandel herangezogen, um den Achtstundentag illusorisch zu machen. Gutachten, die 30 Jahre zurückliegen, werden herangezogen und dazu noch falsch ausgebeutet, um zu beweisen, daß es sich bei der Tätigkeit der Angestellten im Einzelhandel nicht um fortgesetzte „Arbeit“ handelt.

Die Angestellten werden sich energisch zur Wehr zu setzen wissen, wenn man versucht, ihnen derart ihre Arbeitsbedingungen noch ungünstiger zu gestalten.

Die Lohnbewegung der Maßschuhmacher.

Zu weiteren Verhandlungen bereit, zum Kampf entschlossen

Die Angehörigen der kleinen, aber gut organisierten Berufsgruppe der Maßschuhmacher hatten sich gestern abend in den Residenzfestsaal versammelt, um sich über Krieg oder Frieden in ihrem Gewerbe schlüssig zu werden.

Die Höhe vom Berliner Ortsvorstand berichtete, daß die Verhandlungen mit dem Verein Berliner Maßschuhmachermeister am 2. März ausgefallen. Seitdem haben sich die Parteien Gemehr bei Fuß gegenübergestellt. Der Schlichtungsausschuß soll von den Arbeitern nicht angerufen werden. Sollte dies von dem bisherigen Vertreter geschehen, so wird dem Rufe natürlich Folge geleistet. Es stand nunmehr die Frage zur Entscheidung: Soll die Versammlung sofort den Streit beschließen, oder soll die endgültige Stellungnahme einer am Montag, den 2. April, vormittags 10 Uhr, anzuberaumenden Versammlung vorbehalten bleiben.

Nach ausgiebiger, äußerst sachlicher Aussprache wurde mit großer Mehrheit das Letztere beschlossen.

In einer gesonderten Abstimmung wurde der Verhandlungskommission einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Auch erhielt diese Vollmacht, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen, falls bis zum Montag auf dem Verhandlungswege ein annehmbares Resultat erzielt werden kann.

Das Lokal der für Montag, den 2. April, vormittags 10 Uhr, vorgesehenen Versammlung wird am Sonntag im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Die Einkommensregelung der Angestellten in der nordwestlichen Gruppe, die die Betriebe von Hamm bis Düsseldorf umfaßt, ist von den Angestelltenverbänden zu Ende April gekündigt worden.

Der Streik der Leipziger Musikinstrumentenarbeiter ist erfolgreich beendet, nachdem eine Aufbesserung in den Stunden- und Akkordlöhnen erfolgt ist. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden.

Der Schiedspruch im ober-schlesischen Bergbau über das Mehrarbeitszeitabkommen und den Manteltarif ist von beiden Parteien angenommen worden.

Der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband tritt am 1. April ins Leben. Der neue Verband, der aus dem Zusammenschluß der Verbände der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, der Fleischer und Berufsgenossen sowie der Böttcher und Weinfässer hervorgeht, umfaßt einen Mitgliederbestand von über 150000.

Achtung, Spinnstofffabrik und Armit Schlenker! Am Freitag, 30. März, nach Arbeitschluss, wichtige Fraktionsversammlung der SPD. Genossen bei Reuter, Berthel, Waldfischchen. Der Fraktionsvorsitz.

Mitteilungen, Kritik im Gewerkschaftsbereich. Montag, Donnerstag, 18 Uhr. Versammlung in den Residenzfestsaal, Landberger Str. 21. Bericht von den Lohnverhandlungen und Abstimmung über den Schiedspruch.
Freie Gewerkschaften Groß-Berlin. Heute, Mittwoch, um 19 Uhr. Tages der Gruppen: Süden, Südwesten, Stadt, Jugendheim, Nordstr. 11 (Fabrikgebäude). Vorträge: Alster, Friedrichs und Helber. — Reklams: Jugendheim, Berthel, 20 (Hof). Vortrag: Was finde ich im Handelsteil einer Zeitung? — Die Iste ich den Handelsteil? — Redebeitrag: Jugendheim, Thierschauer Straße 10. Rednerinnen: „Unser Arbeiterführer.“ — Westfalen: Gruppenheim, Westfalen, Poststr. 36. Nächster Vortrag: „Der Dora.“ Eine Einführung für unsere Hauswörter. — Zentrum: Jugendheim, Fehdenstr. 24-26. Vortrag: „Mühre der Arbeiterbewegung.“ Rolf, Segler. — Gewerkschaften: Gruppenheim, Baumgartenweg, Ernststr. 18. Vortrag: „Gemeinschaftsgeist und Wandern.“ — Um 18 Uhr Jugendvereinsabstimmung in der Kulturabteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Eintrachtstr.
Jugendgruppe des 3dV. Heute, Mittwoch, 19 Uhr. Finden folgende Veranstaltungen statt: Ober: Jugendheim der Schule, Reuter Str. 18. Vortrag: „Rechte und Pflichten des Proletariats.“ Referent: Victor Padom. — Nächstes: H. Jugendheim der Schule, Köpferstr. 81. Nächster Vortrag: „Frankfurt a. M.“ und „Der Schwarzweil.“ Referent: A. Schmidt, A. Rüppin. — Reklams: Jugendheim, Fehdenstr. 1-4. Vortrag: „Die Wirtschaftslage in Preußen.“ Referent: Dr. Otto Friedländer. — Westfalen: Realgymnasium, Schleimiger Str. 14. Vortrag: „Die Revolution von 1848.“ Referent: Dr. Max Schütte. — Spandau: Jugendheim, Lindenauer. Vortrag: „Unser Feind.“ Vortrag in Frankfurt a. M. Referent: Eugen Ernst. — Weibing-Gewerkschaften: Jugendheim, Schindlerstr. 1 (Wedigenheim, 5 Tr.). Vortrag: „Alte Berliner Humor.“ Referent: Georg Hellbrunn.

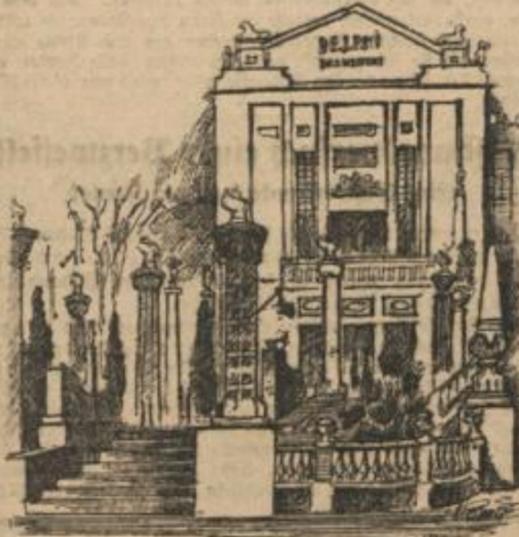
Verantwortlich: Dr. Kurt Geisler; Redaktion: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Strömer; Anzeigen: A. A. Böcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstadt; Anzeigen: H. Glöck. Ähnlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 64, Lindenstraße 2. Hierzu 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.



Stätte des Luxus.

Wohnungen sollten gebaut werden, Tanzpaläste und Luxusrestaurants werden gebaut, damit das Ausland sieht, wie arm wir sind. Nicht am Theater des Westens hat sich eine neue höchst feudale Vergnügungsstätte aufgetan, die sämtlich ohnehin so dünn gesäten Vergnügungsstätten im Westen schlagen soll: das „Delphi des Westens“. Denkt man bei dem Namen Delphi unwillkürlich an einen Orakelbetrieb, so findet man sich hier enttäuscht. Dieses Berliner Delphi ist für auserlesene Genüsse des Magens und tänzerische Vergnügungen bestimmt. Es wimmelt von allegorischen Plastikern und säulengetragenen Fasseln, deren vergoldete Flammen nachts von einem Kranz von Glühbirnen erleuchtet werden. Über steinerne Treppen, die von Zypressen und anderem immergrünen Gesträuch flankiert werden, gelangt man zur Tanzterrasse, die von einem Zeltdach überspannt für die Benutzung im Sommer gedacht ist. Das Innere des „Delphi“ ist verschwenderisch mit Marmor, Spiegeln, Messingverzierungen, Samt, Wandgemälden, antiken Statuen, venezianischen Laternen und Teppichen ausgestattet. Schon die Marmorische der Garderobe erinnern den ahnungslosen Besucher, daß man hier nur mit zahlungsfähigen Freunden der Antike rechnen. Trotzdem ist noch eine Scheidung zwischen Böden und Schafen vorgesehen, indem nur Herren in Frack und Smoking den Hauptsaal betreten dürfen, während Besucher eines schwarzen Anzugs die Treppe in die obere Etage benutzen müssen. Der 31 Meter lange und 15 Meter breite Raum wird von einem dunkelblauen Himmel abgedeckt, den zahllose Glühbirnen mit „Sternen“ befehlen und der querdurch von einer figurativen Milchstraße durchzogen wird. Scheinwerfer beleuchten farbige Wandgemälde, Orpheus in der Unterwelt und Ariadne auf Krete. Aber auch Leba mit dem Schwan fehlt nicht, ebenso Europa auf dem Stier. Hinter einer mächtigen Steingrotte verbirgt sich schamhaft der Notausgang. In einer Nische angelt Frau Potiphar nach Josephs Kleidern, in einer anderen feiert Neopatra noch schnell vor dem Schlangentisch mit einem neuen Liebhaber. Aber der Clou der bildlichen Darstellung ist das bayrische Wappen, das in leuchtender Glasmalerei den Eingeweihten daran erinnert, daß ursprünglich das Hofbräuhaus hier sein edles Rah stehlen lassen wollte. Zweifellos hat Architekt Seb-

ring alles getan, um den Mythos der Griechen im Glanze der Scheinwerfer und elektrischen Glühbirnen auferstehen zu lassen. Das ganze ist ein gotifizierendes Stiffammelsurium und man hat den Eindruck, als ob die Vertreter dieses vor 40 Jahren modernen, jetzt



aber endgültig überwundenen und abgewirrhöfteten Stills noch einmal zu einem fürchterlichen Schlag ausholen wollten. Sie verlassen sich dabei auf die absolute Ahnungslosigkeit des in- und ausländischen Amüsierpublikums, das Pomp, Prunk und Proberlei für „Kunst“ ansieht. Eine einheitliche, architektonische Wirkung ist ihm nur bei der Ausstattung der Toiletten gelungen.

Wieder ein Kassenbote überfallen.

Der Läter mit 750 Mark entkommen.

Neuerdings scheinen es die Straßentäuber wieder besonders auf jugendliche Kassenboten abgesehen zu haben. So wurde gestern nachmittags gegen 4 Uhr ein 15 Jahre alter Landsburger Konrad Mahlow aus der Wajmanusdorfer Straße 3 auf der Treppe des Hauses Frlh-Reuter-Allee 47 zu Brich von einem unbekanntem Räuber überfallen und ausgeplündert.

Der junge Mahlow ist als Laufbursche bei der Zigarettenfabrik von Simonsohn angestellt. Gestern hatte er bei Berliner Rundschau Gelder einliefert und trug, als er gegen 4 Uhr mit seinem Rade zurückkehrte, 750 M. bei sich. Er nahm seine Maschine auf die Schulter und hatte gerade eine halbe Treppe erstiegen, als ein junger Mann von oben herabkam und aus einem Schreckschussrevolver einen Schuß auf den Laufburschen abgab. Mahlow, der nicht wissen konnte, daß die Waffe harmlos war, erschrak so heftig, daß er sein Rad fallen ließ und nicht imstande war, um Hilfe zu rufen. Der Fremde benutzte seine Verwirrung, verfehlte ihm einen Schlag auf den Kopf, riß ihm die Brieftasche aus dem Jackett, ergriff das Rad und eilte damit auf die Straße. Ehe der Überfallene wieder zu sich gekommen war und um Hilfe rief, war der Räuber auf dem Rade schon davon gefahren.

Zu dem Anschlag auf den Banktresor in der Budapester Straße erfahren wir, daß die Leitung der Dresdener Bank auf die Ergreifung der Geldschrankräuber eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt hat. Bekanntlich hat die Kriminalpolizei bereits 1000 M. ausgetobt, so daß die Gesamtbelohnung 6000 M. beträgt.

Der Hausbrand wird billiger.

Senkung der Brennstoffpreise für die nächsten Monate.

Der Reichskohlenverband hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die Preise für Hausbrandbrennstoffe im mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlensyndikat, also den Versorgungszentren Groß-Berlins, von 15 M. auf 13 M. je Tonne für die Monate April bis Juni herabzusetzen. Die Preise für Industriebrennstoffe bleiben mit 13,40 M. je Tonne dagegen unverändert.

Die endgültige Preisregelung für das Kohlenwirtschaftsjahr 1928 ist noch zurückgestellt, bis das Reichswirtschaftsministerium weitere Erhebungen über die Selbstkosten im Braunkohlensyndikat angestellt hat.

Ein Regierungsinspektor vom Amt suspendiert.

Reinliche Vorgänge haben sich in den Diensträumen des Reichswasserfahrs in Potsdam zugetragen. Dort wurde der Regierungsinspektor G. vom Reichswasserfahrs beurlaubt, wie er aus Manteltafeln der Offiziere etwas herausnahm. Die Offiziere prüften sofort ihre Taschen und bemerkten das Fehlen von Geldbeträgen. Dem Regierungsinspektor wird ferner vorgeworfen, daß er ein gesundes Boot, das er als Beamter des Reichswasserfahrs als Fundstücker zu behandeln hatte, neu anstreichen ließ, um es für seine Privatgewinne zu benutzen. Der Regierungsinspektor ist vom Dienst suspendiert worden.

Platzkonzerte der Schutzpolizei. In dieser Woche finden folgende Platzkonzerte der Schutzpolizei statt: Am 29. März von 15 bis 16 Uhr im Hedwigstranthenhaus, von 18 bis 19 Uhr auf den Spielplätzen in der Schönhauser Allee; am 30. März von 15 bis 16 Uhr im Krankenhaus Sanität, von 18 bis 19 Uhr am Rathaus Sanität.

Börglebel über seine Pariser Eindrücke.

Die französische Presse hat dem Berliner Polizeipräsidenten Genossen Börglebel eine Reihe von lobenden Ausdrücken über die Pariser Polizei in den Mund gelegt, die besagen, daß Börglebel beabsichtige, dem Pariser Vorbild nachzuwecheln. Der Polizeipräsident Börglebel, der die deutsche Presse in Paris empfangen hatte, hat sich hierzu Stellung zu nehmen und seine Pariser Eindrücke in großen Zügen zu schildern. Obgleich eine Reihe der Pariser Polizeieinrichtungen auf ihn nicht ohne Eindruck geblieben seien, habe er nicht die Absicht, sie in Berlin nachzuahmen, abgesehen vielleicht von der Pariser Methode, die Waghelplakate auf besonderen für sie bestimmten Heftlöchern anzubringen, um damit das Beschmutzen der Häuser zu verhindern. Die Regelung des etwa dreimal so starken Pariser Verkehrs im Vergleich zu Berlin wäre vor allem der Wendigkeit der französischen Wagen, dem geschäftigen Gehen und der Rücksicht zu verdanken, die die Chauffeure auch im engen Strömungswühl aufeinander nähmen. Er selbst habe Gelegenheit gehabt, sich bei zwei harmlosen Zusammenstößen von der Liebenswürdigkeit der Pariser Chauffeure und der Polizisten zu überzeugen. Der ständig anwachsende Verkehr werde sowohl in Paris als auch in Berlin einen starken Ausbau der Untergrundbahnen erfordern. Wenn der Verkehr, wie zu erwarten wäre, in dem gleichen Verhältnis wie in den letzten Jahren anwachsen sollte, wäre es notwendig, etwa in 5 oder 10 Jahren

den Bogenverkehr in den engsten Geschäftszentren auf ein Minimum zu beschränken oder vielleicht sogar zu verbieten und ihn, wie gesagt, durch den Ausbau der Untergrundbahnen zu ersetzen. Der Polizeipräsident äußerte sich sehr befriedigt über die Zusammenarbeit zwischen dem Pariser und Berliner Polizeibehörden, die sich heute auf kriminellem Gebiet ebenso eng gefaltet habe wie vor dem Kriege. Der riesige Apparat, den die Pariser Fremdenpolizei für ihre besonderen Zwecke eingerichtet habe, schiene auf die Berliner Verhältnisse nicht übertragbar, da auch in Paris der Erfolg nicht im Verhältnis zur angewandten Mühe stünde. Die ständigen Verbrechen in dem Pariser Fremdenviertel wären nach seiner Meinung durchaus angebracht, da sie die Verbrecher in einer ständigen Unruhe hielten. Polizeipräsident Börglebel verließ gestern Abend Paris, um nach Berlin zurückzukehren.

Für die Hörer, Lehrer und Freunde der „Freien Sozialistischen Hochschule“ und der „Arbeiterbildungsschule“ findet am kommenden Sonntag, dem 1. April, abends 7 Uhr, in den Räumen des Abgeordnetenhauses, Prinz-Albrecht-Straße, ein zwangloser geselliger Abend statt. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind durch die Obsteure der Kurse der genannten Schulen sowie durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Lindenstraße 3, 1. Hof, links, 3 Treppen, und durch den Bezirksbildungsausschuß, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 8, zu beziehen.

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

Man muß sterben. Viele Menschen waren auf die gleiche Weise gestorben, wie es ihm bevorstand, an fremden Orten, verlassen in dunklen Kavernen, auf verödeten Inseln ausgelegt, verirrt im australischen Busch, gefangen und dem Verderben preisgegeben. Es ist gut, ohne große Schmerzen oder Mißhandlungen zu sterben. Er dachte an die Myriaden Menschen, die von den Römern gekreuzigt wurden — waren es acht- oder zehntausend von der Armee des Spartacus, die sie auf diese Weise entlang der Appischen Straße getötet hatten? — An die Neger, die angekettert verhungerten und an die endlose Mannigfaltigkeit solcher Todesarten. Derartige ist für eine jugendliche Einbildungskraft entsetzlich und in Gedanken schrecklicher als in Wirklichkeit. Es handelt sich alles in allem um ein bißchen mehr oder ein bißchen weniger Schmerz — aber Gott will keinen großen Aufwand von Schmerzen. Das Kreuz, das Rad, der elektrische Stuhl oder das Siechenbett — die Hauptsache ist, du stirbst und hast es hinter dich.

Es war erfreulich, festzustellen, daß man an diese Dinge unerschrocken denken konnte. Es war gut, hoffnungslos gefangen zu sein und doch zu konstatieren, daß man darüber nicht wahnsinnig geworden war. Mr. Barnstaple war überrascht, wie wenig er sich jetzt, da er das Ende dicht vor sich sah, darum kümmerte, ob er unsterblich sei oder nicht. Er war bereit, sich für unsterblich zu halten oder wenigstens nicht mit dem Tode endend, im Ganzen oder als ein Teil. Es war lächerlich, dogmatisch zu sein und zu behaupten, daß ein Teil, ein Schatten seines Bewusstseins und sogar seines Lebenswillens nicht in irgendeiner Weise fortleben würde. Aber er konnte es sich unmöglich vorstellen, wie das möglich sei. Es war unvorstellbar. Es war nicht vorzuziehen. Er hatte keine Angst vor der Fortsetzung, mit keinem Gedanken fürchtete er die Möglichkeit von Strafe oder Mißhandlung. Es war ihm zeitweise vorgekommen, als wäre das Unvermögen sehr sorglos zusammenzufassen, aber er hatte niemals geglaubt, daß es das Wert eines boshafsten Schwachkopfes sei. Es machte ihm den Eindruck, als sei es ungeheuer sorglos, aber nicht, als wäre es überwiegend grausam. Er war, was er war, schwach, beschränkt und manchmal dummt, aber die Strafe für diese Fehler lag schon in den Fehlern selbst.

Er hörte auf, über seinen eigenen Tod nachzudenken. Er

dachte an das Leben im allgemeinen, an dessen gegenwärtigen Tiefstand und kühnes Streben. Er bedauerte, daß er nichts mehr von dieser utopischen Welt sehen konnte, die in so vieler Beziehung eine Andeutung dessen war, was aus unserer Welt einmal werden sollte. Es war sehr ermutigend, zu sehen, wie menschliche Träume und Ideale durch die Verwirklichung gerechtfertigt würden, aber es war betäubend, daß die Vision entflohe, während er erst begann, sie zu erforschen. Er ertappte sich auf Fragen, die keine Antwort fanden, über Wirtschaft, Liebe und Kampf. Immerhin war er froh, das Gesehene zu haben, was er gesehen hatte. Es war gut, durch diese Vision gereinigt und der trübseligen Hoffnungslosigkeit des Mr. Peene enthoben worden zu sein und wieder eine Aussicht auf das wahre Leben gewonnen zu haben.

Die Leidenschaften, Konflikte und Unbequemlichkeiten des Jahres 1921 waren nichts weiter als die Fieberschauer einer infizierten Welt. Das Zeitalter der Verworfenheit würde sich auch auf Erden zu seiner Zeit tollausen; dank einer gewissen verborgenen und unbezwinglichen Rechtschaffenheit im Blut der menschlichen Art. In einer Höhle unter den Klippen des großen Felsgebirges lauerte, mit unsterblichen Höhen und Tiefen über und unter sich, frierend und hungernd und in einer unbequemen Lage fand der merkwürdig gebildete Geist Mr. Barnstaples an diesen Gedanken ein inniges Behagen.

Aber wie jämmerlich hatten er und seine Gefährten es verfehlt, sich zu den großen Möglichkeiten Utopiens zu erheben! Nicht einer hatte wirklich die Hand erhoben, um die kindischen Phantasien Mr. Catstills und die nur brutale Angriffslust seiner Genossen zu hemmen. Wie unangefochten hatte Vater Amerton die Rolle des eifernden, hassenden, verfolgenden, streitsüchtigen Priesters gespielt. Wie erbärmlich schwach und ehrlos Mr. Burleigh — und er selbst, kaum besser! — stets mißbilligend und stets in wirkungsloser Opposition! Was für eine dumme schöne Kuh war dieses Weib Greta Grey, empfindlich, anpassungsfähig, aber unempfindlich für irgend andere Gedanken als die, welche ihr als einem willfähigen Weibchen pochten. Baby Stella war aus feinerem Stoff, aber für keinen Dienst begeisterungsfähig. Die Frauen, dachte er, waren in dieser zufälligen Expedition nicht gut vertreten. Die eine hohl und die andere ohne Energie. War das ein richtiges Abbild irdischer Weiblichkeit?

Diese Erdlinge konnten mit Utopien nichts weiter anfangen, als es so schnell wie möglich in die Kämpfe, die Unterwerfung, die Grausamkeiten und Unordnung des Zeit-

alters der Verworfenheit, in dem sie sich selbst befanden, zurückzuführen. Sie hatten versucht, Serpentin und Ceder, den Mann der Wissenschaft und den der Heilkunst, zu Geißeln der Unordnung zu machen, und da sie dies nicht vermochten, hatte man sie getötet oder wenigstens versucht, sie zu töten.

Sie hatten versucht, Utopien in den Zustand der Erde zurückzuführen, und tatsächlich, gäbe es nicht die Berrücktheit, Bosheit und Schwäche der Menschen, so wäre die Erde jetzt Utopien. Die alte Erde wäre jetzt Utopien, ein Garten voll Herrlichkeit, das irdische Paradies, wenn sie nicht durch ihre Catstills, Hunters, Barralongs, Aldleys, Duponts und andere dieser Art in Schmutz und Verderben getrampelet würde. Ihrem hastenden, torfelnden Wahnsinn war gegenwärtig in der ganzen großen Welt nichts anderes entgegengefeilt als das Wissen der Peenes, die dudfame Mißbilligung der Burleighs, etwas so unermeßlich Wirkungsloses, wie sein eigener Protest und einige wenige Schriftsteller und Lehrer, die zurzeit noch kaum merkliche Ergebnisse hervorbrachten.

Noch einmal mußte Barnstaple an seinen alten Freund denken, den Schulinspektor und Verfasser von Schulbüchern, der so standhaft gearbeitet hatte, zusammengebrochen und so jammervoll gestorben war. Er hatte sein ganzes Leben hindurch für Utopien gewirkt. Gab es noch Hunderte oder Tausende solcher Utopen auf der Erde? Welcher Zauber hielt sie aufrecht?

„Ich wollte, ich könnte ihnen eine Botschaft senden,“ sagte Mr. Barnstaple, „um sie zu ermutigen.“

Denn so war es, obwohl er selbst verhungern mußte und wie ein Tier in eine Grube gefallen war, so triumphierte Utopien trotzdem und würde triumphieren. Die Gierlinge und Raufbolde, die Feiniger und Patrioten, die Lyncher und Bankrottierer und all das Gefindel der kurzfristigen menschlichen Gewalttätigkeit schritten der endgültigen Niederlage entgegen. Sogar in ihrem eigenen Dasein kennen sie keine Fröhllichkeit, sie treiben von Aufregung zu Aufregung und vom Vergnügen zur Erschöpfung. Ihre Unternehmungen und Erfolge, ihre Kriege und Siege flackern auf und vergehen. Nur das Echte wächst, die Wahrheit, die reine Idee, Jahr für Jahr und Generation um Generation, langsam und unbefleglich, so wie der Diamant inmitten der Dunkelheit und des Druses der Erde wächst oder wie die Morgendämmerung zwischen den erlöschenden Lichtern einer bis ins Morgenrauschen ausgebreiteten Orgie erscheint.

(Fortsetzung folgt.)

ZUR AUFKLÄRUNG

Unsere Methoden
der Mischung und Tabak-Pflege
der



sind durch Patentanmeldungen in allen Kultur-
staaten der Welt für die Reemtsma A.G. und ihre
Tochtergesellschaften geschützt und

**können nicht
nachgeahmt werden**

(Für Deutschland werden keine Lizenzen vergeben)

**REEMTSMA A.G.
ALTONA-BAHRENFELD**

Die beliebtesten



Herrenstoffmantel für Schule und Reise. Im Rücken tiefe Kellersfalte. Ärmel verstellbar. Gr. 60 (jede weitere 0,50 mehr)

6 75

Entzückender Kaschamantel, neue Pilschform, mit Biesen und farbigem Tuch. Gr. 60 (jede weitere 1,00 mehr)

9 75



Neues apartes Junperkleid, herrlich bestickt. Prima Popeline. Größe 60-90 Gr.60(jede weitere 0,75 mehr)

12 00



Baby im pfeifertauglichen Ripsmantel, herrlich farbig bestickt. Gr.45(jede weitere 1,00 mehr)

12 50

Entzückend Composé-Kleidchen aus pr. Popeline. Größe 45-60 Gr.45(jede weitere 0,50 mehr)

6 75

finden wieder regelmäßig statt, und wie bisher werden unsere Mittwoch-Angebote, die immer etwas ganz Besonderes bieten, Jubel bei Groß und Klein auslösen

Denken Sie also daran:

Mittwoch zum Kindertag zu



Oranienstr. 40 Chausseestr. 113 Königstraße 33
Am Oranienplatz Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz



Regen-Mantel, zweiseitig tragbar. Lederrol mit Trenchcoat oder Fantasiestoff. Größe 65-105 Gr.65(jede weitere 1,00 mehr)

13 75



Goldig das Hängergchen aus Popeline mit Stickerei. Größe 45-55 Gr.45(jede weitere 0,50 mehr)

5 50



Modernes kaschisches Kaschablusenkleid, feine Farben. Größe 60-90 Gr.60(jede weitere 0,50 mehr)

8 50

(Nachdruck von Wort und Bild verboten)

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Mittwoch zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Theater, Lichtspiele usw.

Mittw., 26. 3. 26
Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
7 1/2 Uhr
Triptychon
Der Mantel
Saverio Jagella
Gianni Schicchi

Mittw., 26. 3. 26
Städtische Oper
Bismarckstr.
11. Jan. III. Act. 7 1/2
Carmen

Itztl. Schauspiel
im Lustgarten
8 Uhr
Prinz Louis
Ferdinand

Staatl. Schillerth.
Charlottenburg
8 Uhr
Das Duell
am Lido

TITANIA
Sensations-
prozess
mit Magda
Sonja

Ein Film der National-Film-A.-G.

Für die besten Besetzungen der
Preisträger: „War sie die Täterin?“
in den Vorstellungen am Montag,
dem 26. d. M., erhielten je RM. 50,—
als Prämie:

1. Frau Elisabeth Eissner, Lichtenfelde,
Ringstr. 34 (M. 108.—)
2. Fr. Lotte Liedtke, W., Ansbacher
Straße 29
3. Herr Bruno Brückle, Zapfer im
Rathaus Steglitz

Täglich 6.30, 9 Uhr, Sonntags
4, 6.50 und 9 Uhr.

100 N. Prämie in Jed. Vorstell.

Deutsches Theater
Norden 12.310
Abonnementsbüro:
Norden 10.338-39,
8 1/2 Uhr, Ende 10 U
Zwölftausend
Stg. i. A. nachm. 4 U
Zinsen (7-7 Mark)

Kammerspiele
Norden 12.310
8 1/2 U, Ende nach 10
Finden Sie, daß
Constance sich richtig
verhält?

Die Komödie
Bismarck 2414/7516
8 1/2 U, Ende 10 1/2 U
Marcel Fradellin
(Der Eausch)

Berliner Theater
Direktion Kühnert
Opernplatz 50/51, 5008-170
8 1/2 Uhr
Die Bollé Sisters
Ein Berliner Volks-
stück von
Friedrich Preller — Max
Adelstein, Leo Solld, Leo Lenz

Piscatorbühne
Theater am
Nollendorfplatz
Kurfürst 2091/93
Letzte Vorstellungen
Anf. 8, Ende geg. 11
Die Abenteurer des
braven Soldaten
Schwejk
mit Max Pallenberg
i. d. R. Erwin Piscator
Gastspiel im
Lessing-Theater
Norden 12798
Täglich 8 Uhr
Hoppla, wir leben!
von Ernst Toller
i. d. R. Erwin Piscator

Thalia-Theater
Dresdner Str. 72/73
Täglich 8 Uhr
Das Kamel geht
durch das Nadelöhr

Rose-Theater
Gr. Frankf. Str. 132
8 1/2 Uhr
Der Flieger

Metropol-Th.
Zentrum 128 24
8 1/2 Uhr
Der Graf von
Luxemburg
Fiedl. Walter,
Rudolf Arty, Robert, Kathen
Kath. Hall, Hoffmann

Planetarium am Zoo
Verlag, Juchimshof Str. 3
Noll. 1575
18 und 19 1/2 Uhr
Der Sternhimmel
der Heimat
18 u. 21 Uhr
Im Reiche der
Mitternachtsstunde
Eduard I. M.
Ende geg. 11 Uhr 15 M.

KÜCHEN
Küche Lottchen ... 55 M. 90 M.
Küche Christiana m. Anr. 85 M. 135 M.

RIESEN-AUSWAHL
roher, lackierter, lacker. Küchensch.
einz. Kleider- u. Küchenschränke
in ca.
135 Mustern.

HIMMEL
Hauptgeschäft:
Lothringer Str. 22, Schönhaus. Tor
Filiale:
Gr. Frankfurter Str. 40 am Straus-
berger Pl.

**Berein der Berliner Buchdrucker
und Schriftgießer.**
Mittwoch, den 28. März, 19 Uhr, im großen Saal
von Schultheiß-Pagenhofer (früher Buchbinder),
Fidicinstraße 2-3.

Außerordentliche Generalversammlung
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt-
gegeben.
In dieser Generalversammlung haben uns die Delegierten
für das Jahr 1936 und die Generalversammlungsteilnehmer
nach § 7 des Berliner Vereinsstatuts Zutritt. Als Kassier
gilt nur die vom Vorstand angeordnete Legitimationskarte;
ohne diese kein Einlaß. Um pünktliches und vollständiges Er-
scheinen ersucht.
Der Gewerkschaft.

Vorher findet statt die bereits angekündigte
Druckereifacherversammlung
Mittwoch, den 28. März, 17 Uhr, im Gemeinschaftshaus,
Saal 1, Engelste 21-23.
Tagesordnung:
Die Einführung der Kassierung der Sportbeiträge.
Sämtliche Druckereifachere und die Druckereifachere der
Sportarten der Buchdrucker, Schriftgießer, Korrektoren sowie des
Büchsenverbandes werden um ihr Erscheinen ersucht.
Der Gewerkschaft.

Volksbühne
Theater am Hildebrandplatz Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Die Entkleidung
des Antonio Carossa

8 Uhr
Der Zigaretten-
kasten

SCALA
Nollendorf 7300
8 1/2 Uhr
**Enrico
Rastelli**
und weitere internationale
Variété-Attraktionen.

Berliner Theater
Direktion Kühnert
Opernplatz 50/51, 5008-170
8 1/2 Uhr
Die Bollé Sisters
Ein Berliner Volks-
stück von
Friedrich Preller — Max
Adelstein, Leo Solld, Leo Lenz

Residenz-Theater
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Kein Polizeiverbot
Oskar Ebelbacher
in
Schule der Liebe
Franz Schenk in 3 Akten.
Für Jugendl. verb.
Für Familienbesuche halbe Preise

Lustspielhaus
8 U. Zum 100. Male
Guido Thieltcher
„Unter
Geschäftsaufsicht“
anschließend
Nachtkab arett

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Zigeunerbaron
Kürina u. G. (Wine
Pachna) Lichtenstein,
Hofbauer, Pilscher
Bert. Bismarck, Richter,
Bradsky, Brandt

Rind- u. Schweine-Schlächterei
Max Jobski
Putbusser Straße 6
Qualitätsware / Billigste Preise

Kaufen Sie nur
Kapitän-Kaufabak
die Qualitätsmarke 15 Pf.
Kapitän-Kopenhagener 20 Pf.
Vkl.
In den meisten Geschäften erhältlich.

Die Opferfonne
Spiegelt sich im Glanz des frühe-
lingschmucken Heimes. Für
schöne und billige Gardinen
und andere Heimtextilien. Für
neue Kleider und die Umarbei-
tung der alten sorgt mit ihrem
Spezialapparat
die gute „Singer“.

Großes Schauspielhaus
Anfang 8 Uhr
Ende 11 Uhr
REGIE:
CHARELL
**DOMPADOUR
MASSARY**

Renaissance-Theater
Steinplatz 901.
8.10 Uhr
Coeur Bube.

8 Uhr
**Winter-
Garten**
Letzte Woche
Otto Reutter

Th. L. Admiralsplatz
Dir. Herm. Haller
Arthur Hammerstein
Gastspiel
Rose Marie
3 Jahre
400
Aufführungen in Paris
Uraufführung
Freitag, 30. März
präzise 7 Uhr.

Walhalla-Th.
Weinbergweg 19/20
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Erben von
Groß-Quirlitz
v. Fedor v. Zobelitz
Vorzeiger dieses
zahlen für Parken
auch Sonntags statt
1,— Mk. nur 60 Pf.

**KLEINE
ANZEIGEN**
In der Gesamtauflage
des „Vorwärts“ sind
besonders wirksam
und trotzdem
sehr billig!

**Erhalte Dich gesund
durch Steinmetz-Brot**
Das patentierte Steinmetz-Verfahren
sichert alles Nährlose ab und er-
möglicht die Erhaltung der reichen
Vitamine, Nährsalze, Schwefel-, Kalk-,
Eisen- und Phosphor-Verbindungen
der Fruchtschicht und des Keimes.
Unübertrefflich an Reinheit
und Nährkraft.

Auch in Päckchen (Scheiben) erhältlich
in allen 4000 Verkaufsstellen von
Wittlers Brotfabriken, Berlin N65
Maxstraße 2-3



**Komische
6 1/2 Uhr Oper 8 1/2 Uhr
James Klein's**
gewaltiges neues
**Revue-Stück:
Zieh'
dich aus!**
200 Mitwirkende.
Vorverkauf ab 10 Uhr
ununterbrochen.

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6, Tel. Mpk. 16077
Täglich 8 Uhr
Sonntag, nachmittags 3 Uhr.
Elite-Sänger
Im März-Spielplan d. gr. Schlager
„Oh diese Schwiegertöchter“
Volksstück in 1 Akt
Premier: Schorsch Russell, der Meister
der Komik in „Frühlingsszauber“

Reichshallen-Theater
8 Uhr, Sonntag, nachm. 3 Uhr.
Das wundervolle Progr. der
Stettiner Sänger
nachm. ermäß. Preise.

Wöhlf-Brettli:
Silbernes Variété-Programm
Tanz! Anfang 8 Uhr, Stg. 5 1/2

Sawitzki-Bühne
Th. Königgrätz St.
Bergm. 2110
8 1/2 Uhr
Flucht
von John Galsworthy
i. d. R. Peter Bernstein

Komödienhaus
Norden 6304
Tägl. 8 1/2 Uhr
Bradley

**Circus
BYSSH**
Tägl. 7 1/2 U. Neue
Circus-Attraktionen
Zum Schluß:
Die Rosen des
Herrn Bredow

CASINO-THEATER 8 Uhr
Lothringer Str. 47
Doktor Klaus.
Auscheiden! Gutscheine 1-4 Pers.
Fauteuil nur 1,10 M., Sessel 1,60 M.

Reichshallen-Theater
8 Uhr, Sonntag, nachm. 3 Uhr.
Das wundervolle Progr. der
Stettiner Sänger
nachm. ermäß. Preise.

Wöhlf-Brettli:
Silbernes Variété-Programm
Tanz! Anfang 8 Uhr, Stg. 5 1/2

Sawitzki-Bühne
Th. Königgrätz St.
Bergm. 2110
8 1/2 Uhr
Flucht
von John Galsworthy
i. d. R. Peter Bernstein

Komödienhaus
Norden 6304
Tägl. 8 1/2 Uhr
Bradley

**Circus
BYSSH**
Tägl. 7 1/2 U. Neue
Circus-Attraktionen
Zum Schluß:
Die Rosen des
Herrn Bredow

**SINGER NÄHMASCHINEN
AKTIENGESELLSCHAFT**
Singer-Läden überall



Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr:

Wohlbefindlich: Beim Latiner, Ecke Seestraße. „Die kommenden Wahlen.“ ...

Öffentliche Werbeveranstaltungen morgen, Donnerstag, 19 1/2 Uhr:

Ergebnis: Frühlingsfeier bei Köpcke, am Treptowen Canal 3. Eintritt 40 Pf.

Freitag, 30. März:

Kaiserschützen II: Frühlingsfeier in der Aula des Gymnasiums Steinhilber, 49 ...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Gesellschaften: Berlin S 14, Sebastianstr. 43, 2. Hof 2 St. ...

Der Kinderchor des Volkschors Tempelhofer-Markt, Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes ...

- 1. Kreis Treptow, Freitag, 30. März, 19 1/2 Uhr. Bezirksleiter-Versammlung ...
- 2. Kreis Wedding, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Lokal ...
- 3. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Lokal ...
- 4. Kreis Prenzlauer Berg und Friedrichshagen. ...
- 5. Kreis Friedrichshagen, Donnerstag, 29. März, pünktlich 19 Uhr ...
- 6. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Charlottenpark ...
- 7. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Charlottenpark ...
- 8. Kreis Prenzlauer Berg und Friedrichshagen. ...
- 9. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Charlottenpark ...
- 10. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Charlottenpark ...
- 11. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Charlottenpark ...
- 12. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Charlottenpark ...
- 13. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Charlottenpark ...
- 14. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Charlottenpark ...
- 15. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Charlottenpark ...
- 16. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Charlottenpark ...
- 17. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Charlottenpark ...
- 18. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Charlottenpark ...
- 19. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Charlottenpark ...
- 20. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 19 1/2 Uhr. im Charlottenpark ...

Heute, Mittwoch, 28. März:

- 1. WM. Reichsverband, Richter, 12. um 19 1/2 Uhr Mitgliederversammlung ...
- 2. WM. 19 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Kleinen Schlosspark ...
- 3. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 4. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 5. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 6. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 7. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 8. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 9. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 10. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 11. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 12. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 13. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 14. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 15. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 16. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 17. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 18. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 19. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...
- 20. WM. 19 1/2 Uhr im Charlottenpark ...

Morgen, Donnerstag, 29. März:

- 1. WM. 19 1/2 Uhr Unterhaltungsabend in der ...
- 2. WM. Pünktlich 19 Uhr Sitzung des Bezirksleiters ...
- 3. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 4. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 5. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 6. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 7. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 8. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 9. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 10. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 11. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 12. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 13. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 14. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 15. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 16. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 17. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 18. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 19. WM. 19 1/2 Uhr bei ...
- 20. WM. 19 1/2 Uhr bei ...

Frauenveranstaltungen:

- 1. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 2. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 3. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 4. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 5. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 6. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 7. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 8. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 9. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 10. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 11. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 12. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 13. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 14. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 15. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 16. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 17. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 18. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 19. WM. 19 1/2 Uhr in der ...
- 20. WM. 19 1/2 Uhr in der ...

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt:

- 1. Kreis Wedding, Donnerstag, 29. März, 20 Uhr ...
- 2. Kreis Prenzlauer Berg, Donnerstag, 29. März, 20 Uhr ...
- 3. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 20 Uhr ...
- 4. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 20 Uhr ...
- 5. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 20 Uhr ...
- 6. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 20 Uhr ...
- 7. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 20 Uhr ...
- 8. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 20 Uhr ...
- 9. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 20 Uhr ...
- 10. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 29. März, 20 Uhr ...

Jungsozialisten:

Sonntag, 29. März 1936, 10 Uhr, im ...

Bereinigung sozialdemokratischer Juristen.

Sitzung Donnerstag, 29. März 1936, 20 Uhr, im ...

Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreis Charlottenburg: Alle, die unsere ...

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung



Wie die Frühlingssonne die Grillen, so treibt VIM beim Osterputz spielend allen Schmutz aus Haus und Küche. Verwenden Sie VIM für Tische, Böden, Fliesen, Bad; für Ofen, Töpfe und Pfannen, kurz alles, das zu Ostern strahlen soll.

Drei Jahre Kabinett Braun!

Die Regierung der Weimarer Koalition appelliert an die preußischen Wähler.

In der Dienstsitzung des Landtages wurde zunächst eine Novelle zum Landeswahlgesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen, die das preußische Wahlgesetz dem Reichswahlgesetz anpaßt.

Hierauf begann das Haus mit der dritten Lesung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1928.

Hg. Schlange-Schönning (Dnat.) bedauert die Erkrankung des Ministerpräsidenten Braun. In keinem Kabinett seit Jahrzehnten habe ein Mann der Regierung so stark seinen Willen ausgedrückt wie Otto Braun. (Bravo! bei den Soz. Juruf bei den Kommunisten: Sie wollen doch nicht etwa in die ganz große Koalition hinein?) Wir haben in Preußen eine sozialistische Regierung mit dem Blendwerk einer schwarzrotgoldenen Misch. (Lachen in der Mitte.) An Stelle des verhassten Obristenstaates ist der Gewaltstaat einer Partei getreten. (Widerstand in der Mitte und links.) An Stelle der Höchstleistung fordert man vom Beamten das Parteibuch. (Lebhafte Jurufe: Keudell!) Ueberall herrscht eine ungeheure wirtschaftliche Gärung. Die bürgerliche Regierung im Reich hat nicht in wenigen Monaten wieder gutmachen können, was die Revolution gefährdet hat. (Lachen links.) Allen großen Revolutionen ist ein nationaler Aufschwung gefolgt; aber in Deutschland hat man nur den Rindenschrei der Jakobinerernte erlebt. Wir bekennen uns gläubig zu dem nationalen Streben der Jugend, der die Zukunft gehört. (Juruf: Herr Substanz! Große Heiterkeit.) Wir wünschen dem Staat viele so aufrechte Männer wie den Professor Heilrich. Wir bekennen uns auch ohne alle Umschweife zu den Mehrverbänden. Wir werden Preußen durch die tiefste Erniedrigung wieder aufwärts führen. (Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Hg. Kiebel (Dem.): Von Einigkeit in Lebensfragen der Nation darf der Mann nicht reden, der sich erdreistet hat zu sagen, die Polen und die preußische Regierung seien Feinde des deutschen Ostens. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Grabrede Schlange-Schönning hat im übrigen den völligen deusnationalen Bankrott nicht zu verhallen vermocht. Die demokratische Partei wird für eine echt republikanische Politik in völliger Unabhängigkeit zuversichtlich in den Wahlkampf gehen.

Hierauf wird die Vorlage über Kultivierung der rechts-e missigen Moore in zweiter und dritter Lesung mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die Stimmen der Rechtsparteien angenommen.

Obenso wird in dritter Lesung das Pfarrerechtsbesetzungs-gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten beschlossen.

Ein Antrag der Koalitionsparteien ermächtigt die Regierung, die Kommunalen der Gemeindeverordnungen hinauszuschieben und den Wahltag bis Ende 1928 festzusetzen. Der Antrag wird gegen Kommunisten und einen Teil der Rechtsparteien in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt der Antrag der Koalitionsparteien über das Flaggen durch öffentlich-rechtliche Körperschaften. Die Koalitionsparteien beantragen namentliche Abstimmung und nehmen an dieser nicht teil. Es werden nur 191 Stimmen abgegeben. Das Haus ist beschluß-unfähig.

Hierauf wird die dritte Beratung des Etats fortgesetzt:

Der Rechenschaftsbericht des Kabinetts Braun.

An Stelle des erkrankten Ministerpräsidenten Dr. Braun erstattet Wahlrechtsminister Dr. Hirtler namens des Staatsministeriums den Rechenschaftsbericht der preußischen Regierungskoalition.

Der Etat für das Rechnungsjahr 1928, der jetzt in dritter Lesung dem Landtag vorliegt, bildet den Abschluß der Tätigkeit des Kabinetts der Weimarer Koalition in Preußen. Wir legen deshalb vor den Wählern einen politischen Rechenschaftsbericht darüber ab, ob wir das uns seit dem 14. Januar 1925 geschenkte Vertrauen gerechtfertigt haben. Es wäre ungemein reizvoll, den Rechenschaftsbericht rückwärts blättern bis auf das Jahr 1919 auszuweihen und zu zeigen, welche gewaltige Leistung an politischer Konsolidierung und wirtschaftlicher Wiedererstarrung seitdem in Preußen geleistet worden ist, wie wir die Republik immer mehr mit dem Geist der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit erfüllt haben. (Sehr gut! links.) Ich will mich aber darauf beschränken, die Arbeit des jetzt amtierenden Staatsministeriums in den letzten drei Jahren darzustellen.

Vor allem ist es durch stetige und ruhige Zusammenarbeit der Koalitionsparteien gelungen, die ewigen Krisen zu vermeiden, die im Reich soviel Unruhe erzeugt haben.

Preußen war der ruhende Pol in der Erschütterung durch und hat damit nach dem Zeugnis des gegenwärtigen Reichskanzlers dem Reich die besten Dienste erwiesen. Preußen ist und bleibt der feste zuverlässige Kern des Reiches und der sichere Garant seiner Zukunft. (Beifall links.)

Aus den positiven Erfolgen der preußischen Regierungspolitik werden die Wähler zweifellos die Folgerung ziehen, daß diese Staatspolitik unbeirrt und unverändert auch in Zukunft fortgeführt werden muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteien der Weimarer Koalition.) Auch für die gegenwärtige Regierung gilt, was Herr von Richter in der letzten Sitzung des Kabinetts der großen Koalition gesagt hat: „Die großen vaterländischen Aufgaben sind ein gutes Teil gefördert worden.“ (Bravo links und in der Mitte.)

Die zunehmende Konsolidierung des Staates prägt sich in seinen gesunden Finanzen aus. Trotz des Verlustes der Eisenbahn, trotz der Entziehung wertvollen Staatsbesitzes durch den Friedens-

vertrag ist es gelungen, den Etat auszugleichen und dabei die Verstaatlichung der Polizei durchzuführen und den Gemeinden erhöhte Zuwendungen zu machen. Ueberall da, wo es sich nicht um dringende produktive Aufgaben handelt, ist gespart worden. Die 566 Millionen Anleiheerinnahmen sind ausschließlich produktiver Verwendung zugeführt worden, insbesondere der Bauwirtschaft, den Kultivierungsarbeiten und den staatlichen Elektrizitätsunternehmungen. Trotz wachsender Aufgaben auf allen Gebieten sind die Staatsausgaben nicht gestiegen. Darum konnten wir auch die Beamtenbesoldungsreform ohne Schwierigkeiten durchführen. Die Wirtschaft hat sich in den letzten drei Jahren wesentlich gehoben.

Die Einlagen bei den Sparkassen sind von 1,1 auf über 3 Milliarden gestiegen. (Hört! hört.) Die Kohlenproduktion hat sich in drei Jahren um 30 Proz., die Roheisenerzeugung um 60 Prozent, die Rohstahlerzeugung um 80 Proz. gehoben. Und das nennt die Opposition eine „Krise des Niedergangs“. (Lachen links.)

Tatsächlich ist es uns gelungen, die Schäden der Kriegs- und Inflationszeit zum größten Teil auszugleichen.

Aber wichtiger und bedeutsamer als die Wirtschaft ist der lebende Mensch. Er ist es, der wirtschaftet und für den der Ertrag der Wirtschaft letzten Endes bestimmt ist. Das wäre ein schlechter Staat, in dem die Wirtschaft blüht und

SPD., 12. Kreis, Steglitz, Lankwitz, Lichterfelde

Freitag, den 30. März, 19 Uhr

Gr. öffentl. Kreiskundgebung

in Steglitz, Marktplatz (Düppelstraße). Platzkonzert der Reichsbannerkapelle Steglitz, 19.45 Uhr gemeinsamer Abmarsch mit Musik nach dem Versammlungsort, Oberrealsschule Elisenstraße, 20 Uhr dortselbst Ansprache des Reichstagsabgeordneten Siegfried Aufhäuser. Thema: „Die politische Lage.“

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

die Produktionsziffern ins Riesenhafte wachsen, aber die arbeitenden Menschen zum Sklaven der sie fressenden Arbeit geworden körperlich verenden und geistig verkümmerten. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.) Der preußische Staat hat deshalb eine großzügige Wohlfahrtspolitik zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen getrieben. In erster Reihe steht hier die Neubautätigkeit. In den letzten drei Jahren sind 420000 Neubauwohnungen errichtet worden, davon 300000 aus Hauszinssteuermitteln. Gegenwärtig sind 90000 Neubauwohnungen im Bau. Der preußische Staat hat über 1 1/2 Millionen für Neubauten aufgewandt. Wesentlich verbessert wurde die schulärztliche Versorgung, die Mütter- und Säuglingsfürsorge und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Das Städtebaugesetz mit seinen gesundheitlichen Fortschritten wird die Regierung im neuen Landtag durchzuführen wissen. (Juruf rechts: Wenn die Regierung wiederkommt!) Das ist eine geradezu selbstverständliche Voraussetzung, die die preußischen Wähler erfüllen werden. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien.)

Erhebliche Mittel wurden für die Kleinkinderfürsorge bereitgestellt, für die Schaffung von Jugendheimen, Turnhallen, Sport- und Spielplätzen. Soziale Frauenkassen und Wohlfahrtsvereine für Männer wurden reichlich unterstützt. Für die produktive Arbeitslosenfürsorge wurden 182 Millionen Mark aufgewandt. Davon sind u. a. 35000 neue Landarbeiterwohnungen gebaut worden. (Hört, hört! links.)

Durch das Land geht heute eine Welle der Erregung über die Not der Landwirtschaft. Die Regierung protestiert auf das entschiedenste gegen die ganz unsachliche Behauptung vom Bankrott der gesamten Landwirtschaft. Die große Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist durchaus ertragsfähig, und die preußische Staatsregierung tut alles erdenkliche, um die Landwirtschaft gesund zu erhalten. Erschwert wird ihr diese Aufgabe durch den parteipolitisch interessierten Kampf des Reichslandbundes gegen die preußische Regierung, durch Aufreizung und Aufpeitschung der ländlichen Bevölkerung zu einem ganz ungerechtfertigten Mißtrauen. (Sehr wahr! links, Unruhe rechts.)

Völlig bedenkenlos wird die preußische Regierung für Handlungen verantwortlich gemacht, die von dem Vertrauensmann des Reichslandbundes in der Reichsregierung zu verantworten sind. (Sehr gut! links.)

Die Staatsregierung wird sich durch bestellte Demonstrationen sowie durch Gewaltakte, denen gegenüber die volle Schärfe der polizeilichen Abwehr einlehen muß, in keiner Weise darin beirren lassen, der landwirtschaftlichen Bevölkerung Preußens nach Kräften zu helfen. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien.) Der wirklich notleidenden Bauern- und Landbevölkerung werden die Steuern gestundet oder erlassen. Des landwirtschaftliche Kreditwesen wird durch Zuführung von 130 Millionen Mark an die Preußenkasse saniert. Kreditschulden und Düngemittelschulden

helfen über Naturkatastrophen hinweg. Eine durchgreifende Siedlungsstätigkeit wird trotz der ungünstigen Verhältnisse am Geldmarkt fortgesetzt. Auch die beschlossene Landarbeiterfrage in der Ostmark wird in weitem Umfang mit der heimatischen Scholle verzwirbelt. Im Westen werden großzügige Meliorationsarbeiten durchgeführt. Die Zahl der ländlichen Fortbildungsschüler hat sich gegenüber dem Jahre 1913 fast verdoppelt, hauptsächlich infolge der großen Beihilfen des Staates. Ganz besonders weitgehend wurde das landwirtschaftliche Hochschulfwesen und das Mädchenfortbildungsschulfwesen auf dem Lande gefördert. Hier erzielen wir jetzt das Dreifache der Leistungen des alten Staates. (Hört, hört! links.)

Insgesamt wurden in den letzten drei Jahren 455 Millionen für die Förderung der Landwirtschaft aufgewendet; der alte Staat wandte im Jahre 1913 dafür 58 Millionen auf. Nur blinder Haß oder absoluter Unverstand kann danach noch von einer Landwirtschaftsfeindschaft der preußischen Regierung sprechen. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien.)

Im Gebiet der Handels- und Gewerbeverwaltung haben wir die Gewerbeaufsicht ausgebaut und den Kampf gegen die Berufsgefährten mit allen Mitteln gefördert. So haben wir zum Beispiel die erste Berufsgrube der Welt eingerichtet. Zuerstordentliches geleistet wurde auch auf dem Gebiet der Berufsschulen. Im Interesse des Mittelstandes wurde der unfaire Wettbewerb bekämpft. Der staatliche Bergwerbsbesitz und die staatliche Elektrizitätswirtschaft wurden grundlegend rationalisiert. Eine zielbewusste Hafenpolitik diene der modernen Verkehrs-entwicklung.

Auf dem Gebiet der Rechtspflege haben wir eine großzügige Gnadenpraxis geübt. Die Amnestie von 1925 umfaßte 35000 Beschuldigte und Verurteilte, die Amnestie von 1927 deren 15000. Die Zahl der Strafgefangenen ist in den letzten drei Jahren um die Hälfte gesunken. Die ungeheuer umfangreichen Kuwertungs-sachen sind zu 97 Proz. erledigt. Dauernd bleiben wir bemüht, alle Schichten der Bevölkerung zum Dienst als Schöffen und Geschworene heranzuziehen. (Bravo! links.)

Die gesamte innere Verwaltung ist mit demokratischem und republikanischem Geist erfüllt worden. Die Schutzpolizei ist ein zuverlässiges Staatsinstrument und hat jede Störung von Ruhe und Ordnung in keine erlitten. Der gesamten Polizeibeamtenschaft gebührt der Dank der Staatsregierung für ihre hervorragende vaterländische Leistung. (Bravo! bei den Regierungsparteien.)

Die preußische Kulturpolitik war von dem Gedanken bestimmt, daß in einem parteipolitisch und weltanschaulich zer-rissenen Volk eine Politik der Versöhnung getrieben werden müsse. Es war nicht die Schuld der preußischen Regierung, daß nicht ein Reichsschulgesetz zustande kam, das allen großen Bekannungsgruppen gerecht wurde. (Lebhafte Beifall links und in der Mitte.) Die Begabtenförderung suchen wir nach Kräften auszubauen. Wir können auf keine Begabung verzichten, und auch auf dem Bildungsgebiet muß in der demokratischen Republik der Mensch im Mittelpunkt stehen. Der Rat der Junglehrer haben wir nach Kräften gesteuert. Im Hochschulfwesen sind wir den auswüchsigsten parteipolitischen Verheerung tatkräftig entgegengetreten.

Von den Hochschullehrern des Staatsrechts müssen wir verlangen, daß sie die künftigen Beamten der Republik mit aufrichtiger republikanischer Staatsgesinnung erfüllen. (Sehr gut! links.)

Die Staatsregierung lehnt jede einseitige Bevorzugung einer Kon-fession oder Weltanschauung ab. (Bravo! links.)

So sind wir mit schnellen Schritten vorwärts und aufwärts gegangen. Unendlich viel schneller als wir alle es in den schlimmen Zeiten der Inflation gekonnt haben. Die Staatsregierung ist auch in den schwersten Krisenzeiten des Ruhrkampfes, als Deutschlands älteste Kulturgebiete bedroht waren, an der Zukunft Preußens und Deutschlands nicht irre geworden. Sie hat bis zum letzten um die Existenz und Einheit des Staates und des Reiches gekämpft. Das schwerste liegt weit hinter uns, die Gefahr wirtschaftlicher und finanzieller Katastrophen und die Verzweiflungs-ausbrüche verleideter Volksgenossen sind überwunden. Künftige preußische Regierungen werden die Hände frei haben für die produktive Aufbauarbeit. Diese Arbeit muß dem ganzen Volke zugute kommen. Sie soll allen bessere Lebensbedin-gungen geben, die mit Hand und Kopf arbeiten, und die bestlos gewordenen ehemaligen Rentner kraftvoll führen.

Möge aus den kommenden Wahlen ein Landtag entstehen, der einer konsequent republikanischen Staatsregie-rung eine große Mehrheit sichert. Nicht dynastische Fa-milienpolitik und nicht Bevorzugung einer Klasse ist Zweck unserer Staatspolitik. Unsere Arbeit soll ganz und ungeteilt dem Volke in allen seinen Schichten und besonders den wirtschaftlich Schwachen zugute kommen. Keine Machtpolitik wie im alten Preußen, sondern wahre Volkspolitik, erfüllt vom Drang nach sozialer Gerechtigkeit! So wächst über den Rahmen des preußischen Staates, ja selbst über den des Reiches hinaus, dessen Größe, Stärke und Schönheit Ziel jeder Preußen-politik sein muß, eine in tiefstem Sinne freischheitlich demokratische und sozial gerechte Politik zur Arbeit im Dienste der Menschheit empor. (Lang anhaltender Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Fortsetzung der Erörterung wird auf Mittwoch, 12 Uhr, verlegt.

Wir führen nur Schuhe aus unserer eigenen Fabrik. Darum sind wir besonders leistungsfähig u. preiswert.



SALAMANDER

Das Erzeugnis der größten Schuhfabrik Deutschlands

Phoebus vor dem Reichstag.

Fort mit den Sonderfonds! — Revision der Haushaltsordnung! — Bessere Kontrollmöglichkeiten für den Rechnungshof!

Im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstagsführung führte Abg. Neddermeyer (Komm.) zum Marineetat aus, seine Marine der Welt sei im Verhältnis zu ihrer Größe so teuer wie die deutsche. Nach der schwarzen Reichswehr sei eine schwarze Marine in Vorbereitung. Der Ausbau des polnischen Hafens Gdingen, der mit englischem Geld erfolgt, richte sich ebenso wie der neue deutsche Panzerkreuzer gegen Rußland. Die Sozialdemokratie täusche die Arbeiter, wenn sie den Geschichtswert des neuen Panzerkreuzers leugnet.

Abg. Lohb (B. Sp.) fordert einen Abbau der Verwaltungsbeamten in der Marine. Den von Sozialdemokraten und Kommunisten beantragten Streichungen könne die Bayerische Volkspartei nicht zustimmen. Das Panzerschiff müsse bewilligt werden. Wenn man überhaupt eine deutsche Marine aufrechterhalten wolle, dann müsse sie auch moderne Schiffe haben.

Abg. Graf v. Reventlow (Nationall.): Dr. Groener hat in Spaa einmal erklärt: „Eid! Das ist ja nur ein Wort, weiter nichts!“ (Reichswehrminister Dr. Groener verläßt den Saal; Rufe bei den Nationalsozialisten: Der Angeklagte verläßt das Volk!)

Vizepräsident Effer erhebt den Redner, zum Marineetat zu sprechen. (Großer Lärm bei den Nationalsozialisten. Rufe: Unverschämtheit! Das ist nun ein „unparteiischer“ Präsident! — Abg. Fried (Nationall.) erhält einen Ordnungsruf. — Die Nationalsozialisten rufen weiter: Schamlose Parteilichkeit! — Abg. Straffer (Nationall.) erhält einen Ordnungsruf.)

Abg. Graf v. Reventlow fortführend: Präsident Lohb hat oft zur Kriegsdienstverweigerung aufgefordert. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wehrmachtangehörige, sehr auch euren Wehrminister und seine Auffassung von Eid an! (Abg. Straffer (Nationall.): Prozepte halt! Das ist das Richtige für den republikanischen Rittshausen! — Ordnungsruf.) Wir werden für den Panzerkreuzer stimmen, weil wir hoffen, daß er im Material so zuverlässig sein wird, wie der Wehrminister unzuverlässig ist.

Vizepräsident Effer erteilt für diesen letzten Satz dem Redner einen Ordnungsruf.

Reichswehrminister Dr. Groener

erscheint wieder im Saal und erklärt: Die Marine ist ein wichtiger Faktor des Landeschutzes. Darum hoffe ich, auch die Demokraten noch von der Notwendigkeit des Panzerkreuzers überzeugen zu können. Der Außenminister Dr. Stresemann hat mich noch vor wenigen Stunden seines Einverständnisses mit meiner Stellung in der Frage des Panzerkreuzers versichert (Hört! hört! bei der Mehrheit), wir haben also keine außenpolitischen Gefahren zu befürchten. Ich bitte daher um Bewilligung des Marineetats. (Beifall.)

Abg. Effenberger (Bayr. Bauernbund) lehnt den Panzerkreuzer ab: Wir haben nicht soviel Millionen für Kriegsschiffe übrig zu einer Zeit, wo der Bauer unter der Steuerlast leidet. Damit schließt die Aussprache. Die Abstimmungen werden zurückgestellt.

Der „Phoebus“-Bericht.

Es folgt die Einzelberatung des Ausschuhberichts über die Lohmann-Unternehmungen.

Abg. Heimig (Soz.):

Es ist ein erschreckender Mangel der augenblicklichen Reichsregierung, daß es rund sieben Monate dauerte, bis man einigermaßen Einblick in die Lohmannaffäre bekam und daß die zahlreichen Erklärungen und Dementis der Regierung zeitweise den Eindruck erweckten, als bede die Regierung die Vorfälle (Sehr richtig! bei den Soz.) hätte die Regierung den Mut aufgebracht, offen über diese Dinge zu sprechen, dann hätten wir diese schmutzige Wäsche nicht in dem mühseligen Prozeß eines halben Jahres zu erledigen brauchen, und es wäre ein erheblicher außenpolitischer Schaden vermieden worden. Es ist ja bezeichnend, daß die Reichspresse in dieser Hinsicht zum Teil nach dem Knebel der Landesverratsprozesse lief. Gegenüber dieser Methode möchte ich an die „D.A.Z.“ erinnern, die zur Abwechslung einmal vor zwei Tagen gegen einen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten mit dem Revolver geknallt hat, indem sie mit Entfällungen drohte, wenn der Herr in seiner bisherigen Stellungnahme beharre.

Seine persönlichen Geschäfte?

Wie unhaltbar die Taktik der Reichsregierung ist, ergibt sich nachträglich aus der Erklärung des Reichskanzlers vom 20. Januar, in der er leugnete, daß das Reichswehrministerium über die genannten Mittel hinaus aus seinem Haushalt Beträge zur Verfügung gestellt hätte. Diese Erklärung hat sich vor dem Untersuchungsausschuß als falsch erwiesen. Es war das Verdienst der Sozialdemokratie, wenn überhaupt ein Bericht veröffentlicht wurde. Und ich glaube, daß der Untersuchungsausschuß gute Arbeit geleistet hat. Wenn man das Ergebnis kennt, kann man wirklich nicht mehr davon sprechen, daß der Lohmann-Komplex keine

persönlichen Geschäfte gemacht hat. Wenn man der Seetransportabteilung Grundstücke mit 25 Proz. Aufschlag bezahlt, wenn man Grundstücke in Berlin in zwei Teilen bezahlt, so daß nur der eine Teil über die Grunderwerbssteuer stolpert, und wenn man sonst außerordentliche Geschäfte zu machen versteht, wie diese schöne Speckgeschichte, in der das Geschäft mit 300 Rentenmark Defizit eröffnet wurde, ehe man überhaupt in den Betrieb kam, so ist es doch bedenklich, daß der Herr Reichskanzler mit seiner ganzen Autorität dennoch erklärt hat, daß persönliche Geschäfte bei diesen Dingen nicht gemacht worden sind. Man hat immer wieder den Eindruck, daß eine bestimmte Sorte von Geschäftsteilen im Zusammenhang mit den Lohmanngeschäften das Reich mißbraucht hat. Und ich glaube, daß es unmöglich gemacht werden muß, daß das Reich so bezahlt, wie diese merkwürdigen Verträge oder Versprechungen lauten. Das bezieht sich im besonderen auf die Phoebus-Bürgschaften, bei denen wir den beispiellosen Fall haben, daß seriöse Banken, wie Mendelssohn u. Co. und die Disconto-Gesellschaft, an Herrn Kapitän Lohmann, ohne sich seine Legitimation zeigen zu lassen, Millionenbürgschaften gegeben haben, und daß das Reich im Nachtragsetat diese Bürgschaften zu hundert Prozent durch einfache Auszahlung erledigt. Schlimm ist es auch, daß Gehler und Reinhold sich von Lohmann ohne Nachprüfung in die ganze Angelegenheit verwickeln ließen. Das sind Zustände, die, einmalig gesehen, eine beispiellose Mißwirtschaft aufdecken. Hier muß noch unserer und der Mehrheit des Untersuchungsausschusses Auffassung gründlich eingegriffen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Der Rechnungshof hat versagt!

Der Rechnungshof des Deutschen Reiches, der die Haushaltsrechnungen für 1924, 1925 und 1926 geprüft hat, hat trotz aller seiner Prüfungstätigkeit von den Lohmanngeschäften nicht das geringste gemerkt. (Hört, hört! links.) Das heißt doch, daß in den Möglichkeiten der Etatkontrolle Lücken in einem Umfang vorhanden sind, wie sie sich bisher niemand von uns vorgestellt hat. Hier sollte durchgegriffen werden. Denn wer will dafür garantieren, daß sich ein Skandal, wie er sich im Reichswehrministerium herausgestellt hat, nicht auch eines Tages in einem anderen Ministerium herausstellt?

Ich möchte schon jetzt darauf hinweisen, daß nach unserer Auffassung bestimmte Fonds des Reichsverkehrsministeriums schon in aller nächster Zeit gründlich durchgeprüft werden müssen, sonst kommen wir dahin, daß wir in einem oder zwei Jahren nicht mehr die Namen Reinhold, Gehler oder Luther, sondern den Namen Koch nennen müssen.

Es scheint uns also grundsätzlich notwendig zu sein, daß die Reichshaushaltsordnung so rasch wie möglich einer gründlichen Ueberarbeitung unterworfen wird. Es ist jetzt so, daß der Rechnungshof nicht einmal in die Akten der Ministerien auf Grund der Reichshaushaltsordnung Einblick nehmen darf. (Hört, hört! bei den Soz.) Demgegenüber müssen wir dahin kommen, daß der Rechnungshof in erster Linie Hüter und Hilfsorgan des Reichstages, der Verfassung und des Etatrechts des Reichstages wird. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Nach Kenntnis der Sachlage treten wir für die Vorschläge ein, die der Hauptausschuß unterbreitet. Sie sind außerordentlich weitgehend, wenn sie konsequent durchgeführt werden. Und wir verlangen, daß man rücksichtslos durchgreift! Wir müssen vom Herrn Reichswehrminister eine bindende Auskunft bekommen, ob die Auflösung der Sonderfonds bei den Ministerien nun auch durchgeführt wird. Wir müssen eine bindende Erklärung darüber verlangen, daß überhaupt endlich einmal die ganze Sonderfondswirtschaft aufgehört. (Zustimmung bei den Soz.) Was die Geltendmachung von Regreßpflichten anlangt, so sind wir mit den Kommunisten dafür, daß die verantwortlichen Minister, Vorgesetzten und sonstigen Beteiligten herangezogen werden, weil stummgemäß dieser Vorschlag sich aus dem Resultat der Untersuchung ergibt. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Trevisanus (Dnat.) weist darauf hin, daß diese Reichsregierung nur Untersuchungsrichter und Staatsanwalt sei, während die Angeklagten draußen sitzen. Das jetzige Kabinett habe lediglich die Hinterlassenschaft früherer Kabinette zu liquidieren. (1) Die Verantwortung trage für die politische, etatsrechtliche Seite in vollem Umfange der ehemalige Reichswehrminister für die ersten beiden Gruppen der Lohmann-Unternehmungen. Wöllige Aufklärung werde daher auch erst nach der Rückkehr Gehlers möglich sein. Erst durch die Unterschrift des Herrn Reinhold sei die weitere Beteiligung Lohmanns an den Millionenverlusten bei der Phoebus-Affäre möglich geworden. (Hört, hört! rechts.) Ein Reichsfinanzminister habe hier die obersten etatsrechtlichen Grundzüge mit leichter Hand beiseite geschoben. Die Phoebus-Bürgschaft fehle auch in der Ende Dezember 1926 dem Haushaltsausschuß vom Reichsfinanzminister Dr. Reinhold streng vertraulich vorgelegten Bürgschaftsnachweisung, obwohl die Vollständigkeit dieser Nachweisung unterjähriglich versichert wurde. (Erneutes Hört, hört! rechts.) Für die dritte Gruppe der Lohmann-Geschäfte, die Lohmann auf eigene Faust getätigt hat, trage er allein die Verantwortung. Die persönliche Makellosigkeit des Kapitän Lohmann sei einwandfrei

ermittelt. Bei der Prüfung der Regreßpflicht muß auch die Frage von Treu und Glauben bis ins Letzte geprüft werden. Die bisherige Kontrolle des Etats ist ungenügend. Entsprechende Schritte behalten wir uns vor.

Abg. Schaefer (Komm.) nennt die von der Regierung abgegebenen Erklärungen ein Täuschungsmanöver. Die Lohmann-Unternehmungen seien ein Teil der von der Reichsregierung durchgeführten geheimen Kriegsvorbereitungen. Der Redner fordert, daß die verantwortlichen Minister Dr. Luther, Dr. Marg, Gehler und Dr. Reinhold vor den Staatsgerichtshof gestellt werden.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.) erklärt, seine Fraktion verurteile mit der gleichen Schärfe wie die übrigen die hier erörterten Vorgänge. Kapitän Lohmann sei gestraft genug dadurch, daß er für sein ganzes Leben keine Bezüge nur bis zur Pfändungsgrenze erhalte. Vor der Rückkehr Dr. Gehlers von seinem Auslandsaufenthalt werde sich die Verantwortung und Regreßpflicht der einzelnen Beteiligten nicht feststellen lassen.

Abg. Jhr. v. Rittshausen (Dem.) sieht die erste Ursache der ganzen Affäre darin, daß der Ruhrfonds seinerzeit nicht liquidiert worden sei.

Wir Demokraten standen in diesem Punkt im Gegensatz zu dem Minister Dr. Gehler, unserem damaligen Parteifreund. Wir wollten ihn zur Amtsniederlegung bewegen, aber er hat den Austritt aus der Demokratischen Partei vorgezogen.

Die gegen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gerichteten Ausführungen des Abg. Trevisanus sind schon deshalb abwegig, weil Dr. Reinhold gar nicht über die Vorgänge informiert worden ist und zunächst dem Abteilungsleiter des Wehrministeriums, dem Kapitän z. S. Lohmann, glauben mußte, der ja heute noch als makelloser Offizier gerühmt wird. Präsident Sämann stellt in seinem Bericht ja fest, daß Kapitän z. S. Lohmann den Reichsfinanzminister Dr. Reinhold getäuscht hat. Wenn die Regierung am 1. Juli den neuen Bericht vorlegt, werden wir einen klaren Einblick gewinnen. Wir begrüßen die von der Regierung angekündigte verschärfte Kontrolle.

Abg. Wegmann (Z.) gibt namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, die den Beschlüssen des Haushaltsausschusses zustimmt. Eine Liquidation des Ruhrfonds unmittelbar nach der Einstellung des Ruhrkampfes wäre unzumutbar gewesen. Die Ummandlung der 10 Millionen in einen Geheimfonds war unzulässig, ebenso die Verstärkung dieses Fonds durch die von Lohmann angewandten Mittel. Soweit das Finanzministerium diesen Dingen zustimmte, hat es die Verantwortung dafür übernommen. Aufschärfte ist es zu verurteilen, daß das Wehrministerium nicht die Tätigkeit der von Kapitän Lohmann geleiteten Abteilung kontrolliert und daß auch der Reichsfinanzminister nicht auf Kontrolle bestanden hat, als er 1926 von den Dingen erfuhr. Die Zentrumsfraktion stimmt den von der Regierung angekündigten Kontrollmaßnahmen zu und wünscht eine Prüfung der Frage, wie weit die Vermittler und Treuhänder bei den Lohmann-Geschäften regreßpflichtig gemacht werden können.

Es folgen Ausführungen des Genossen Hermann Müller, die wir im Hauptblatt wiedergeben.

Reichswehrminister Groener:

Die Regierung hat keine Bedenken gegen die Anträge des Haushaltsausschusses. Den Wünschen des Reichstages ist schon insofern Rechnung getragen worden, als ich die Abwicklung der Lohmann-Unternehmungen aus der Marine herausgenommen und mir unmittelbar unterstellt habe. Die damit beschäftigte Gruppe meines Stabes wird dabei ständig beraten durch den Direktor Ritscher von der Reichskreditanstalt. Weiter ist dabei die engste Verbindung mit dem Reichsfinanzministerium und dem Rechnungshof gewährleistet. Die für alle Ministerien vorgegebene Kontrollkommission wird im Reichswehrministerium in kurzer Zeit ihre Tätigkeit aufnehmen.

Abg. Dr. Pfeifer (Bayr. Sp.) erklärt, der Reichstag müsse sich jetzt auf die Prüfung der etatsrechtlichen Verhältnisse beschränken. Hinsichtlich der Persönlichkeit Lohmanns müsse doch gesagt werden, daß das Charakterbild eines früheren Offiziers getrübt wird durch die Behauptung, er habe sich eine Millionenbürgschaft erschlichen durch Täuschung zweier Minister.

Nach einer Erwiderung des Abg. Schaefer (Komm.) auf die Ausführungen des Abg. Müller (Soz.) ist die Aussprache beendet.

Der Panzerkreuzer bewilligt!

Bei den Abstimmungen zum Marineetat wird der Antrag auf Streichung der Mittel für das neue Panzerschiff gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und einiger Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt. Nach Ablehnung der weiteren Streichungsanträge der Linken wird der Marineetat nach den Vorschlägen des Haushaltsausschusses in zweiter Lesung angenommen.

Die zur Deduktion der Phoebus-Verpflichtungen in den Nachtragsetat eingestellten 7 Millionen werden gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt.

Die Ausschufentschließung zur Lohmann-Angelegenheit wird angenommen, nachdem der kommunistische Vnderungsantrag (Regreßpflicht der verantwortlichen Minister) gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt worden ist.

Hierauf werden die gestern zurückgestellten Abstimmungen zum Ergänzungsetat vorgenommen.

Der Ergänzungsetat wird mit der Ausschufentschließung zum Reiprogramm angenommen.

Um 17% Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung mit Teilen des Nachtrags- und Ergänzungsetats.

Nur zwei WÖRTE

III. SORTEN